

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

2021 04

UMWELT

Ökonomen sollten
Bio-Vielfalt in ihren
Modellen beachten

HUMANITÄRE NOT

Weltgemeinschaft muss
mehr für Menschen und für
Frieden in Jemen tun

ARMUT

Neue Initiative für
Globalen Fonds für
Soziale Sicherheit



Lesen und Schreiben

Monitor

Paradigmenwechsel: ökonomische Modelle müssen Artenvielfalt beachten | Chinas Treibhausgasemissionen | Illegitime Finanzströme behindern Entwicklung | GIZ lernt aus Erfahrung | Heutzutage: Banken für alle Menschen in Sambia | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zu humanitärem Desaster im Jemen, Afrikas Staatsfinanzen in Zeiten der Pandemie, die Vorteile eines Auslandsstudiums und unzumutbare Bedingungen in Flüchtlingslagern | Leserbriefe **10**

Tribüne

MARKUS KALTENBORN UND LAURA KREFT

Globaler Fonds für Soziale Sicherheit soll einkommensschwachen Ländern bei der Finanzierung sozialer Grundsicherung helfen **15**

MICHAELA SCHALLER UND FELIX RIES

Migranten, die vor Folgen der Klimakrise flüchten, verdienen internationale Unterstützung **17**

Schwerpunkt: Lesen und Schreiben

QAABATA BORU

Viel zu vielen Flüchtlingen wird das Recht auf Alphabetisierung und Bildung verweigert **21**

RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

Demokratien brauchen medienkompetente Staatsbürger **23**

LAURA HINZE

Gewalt von Lehrern wirkt sich negativ auf die Psyche der Schüler und ihre schulischen Leistungen aus **24**

FARAI SHAWN MATIASHE

WhatsApp-Bot unterstützt Homeschooling in Simbabwe **26**

CARMEL MCNAUGHT

Damit Klimapolitik gelingen kann, muss naturwissenschaftliches Grundwissen mehr Menschen erreichen **27**

SUNDUS SALEEMI

Wie Analphabetismus die Unterdrückung von Frauen in Pakistan aufrechterhält und weshalb digitale Kompetenz hilfreich wäre **28**

ABISHEK THAPA

Ländliche und öffentliche Schulen in Nepal müssen mit städtischen und privaten Schulen Schritt halten **30**

BORO BASKI

Die Entwicklungschancen eines südasiatischen Adivasi-Volkes sind beeinträchtigt, weil es für seine Sprache zu viele verschiedene Schriften gibt **32**

SCHWERPUNKT

Lesen und Schreiben

Recht auf Schulbildung

Schulbildung von Kindern und Alphabetisierung Erwachsener sind Basisrechte von Flüchtlingen. Dafür muss mehr Geld fließen, fordert der Journalist Qaabata Boru. **SEITE 21**

Unverzichtbares Wissen

Heutzutage brauchen Staatsbürger Medienkompetenz, ein Grundverständnis wissenschaftlichen Denkens und Souveränität im Umgang mit digitaler Technik. Den Hintergrund beleuchten jeweils Ronald Ssegujja Ssekandi aus Uganda, Carmel McNaught aus Australien und Sundus Saleemi aus Pakistan. **SEITEN 23, 27, 29**

Gewalt im Klassenzimmer

Körperliche Bestrafung an Schulen ist in vielen Weltregionen noch weit verbreitet. Die betroffenen Kinder entwickeln nicht selten emotionale Probleme und schneiden in der Schule schlechter ab. Die Psychologin Laura Hinze fordert, dass diese Erziehungspraxis beendet wird. **SEITE 24**

WhatsApp für den Unterricht

In Simbabwe hat ein Schüler einen WhatsApp-Chatbot mitentwickelt, der für das Homeschooling hilfreich ist. Wie das funktioniert, beschreibt der Journalist Farai Shawn Matiashe. **SEITEN 26, 27**

Gespaltene Gesellschaften

In vielen Ländern können weniger Frauen als Männer lesen oder schreiben. Das verstetigt Geschlechterdiskriminierung – zum Beispiel in Pakistan, wie die Wissenschaftlerin Sundus Saleemi ausführt. In Nepal sind staatliche Schulen schlechter als private, und ländliche Schulen halten mit städtischen nicht mit. Die enormen Bildungsunterschiede sind keine gute Voraussetzung für die Zukunft Nepals, warnt Abishek Thapa von der zivilgesellschaftlichen Childaid Network Foundation. **SEITEN 28, 30**

Zu viele Möglichkeiten

Santali gehört zu Indiens vielen Adivasi-Sprachen. Um sie zu schreiben, werden sieben verschiedene Alphabete verwendet. Warum dies so ist und weshalb es der betroffenen ethnischen Gemeinschaft schadet, erläutert Boro Baski von der Graswurzelorganisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha in Westbengalen. **SEITE 32**

Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe

Schrift war in der Geschichte der Menschheit eine der folgenreichsten Innovationen. In Mesopotamien und Ägypten wurde vor 5000 bis 6000 Jahren bereits geschrieben. Die Texte waren meist religiös oder dienten Verwaltungszwecken. In der Tat machen schriftliche Dokumente Staaten effizienter.

Über die Jahrtausende blieben die meisten Menschen Analphabeten. Wer lesen und schreiben konnte, erreichte oft einflussreiche Positionen. Das galt sogar für schriftgelehrte Sklaven, denn ihre Herren wussten, dass sie von deren Wissen abhängen und diese Leute nicht leicht zu ersetzen waren.

Eine weitere wichtige Innovation war im 15. Jahrhundert der Buchdruck. Geschriebene Texte konnten nun schnell vervielfacht und weit verbreitet werden. Das fand großen Anklang. Die Bibel wurde übersetzt, und immer mehr Menschen lernten lesen und schreiben. Die Konsequenzen waren dramatisch, denn in den europäischen Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts spielten Fanatiker, die sich über die korrekte Auslegung der Heiligen Schrift stritten, eine große Rolle. Jedenfalls prägte Lesen zunehmend das Weltbild vieler Menschen.

Heute wissen wir, dass im 16. Jahrhundert die Kleine Eiszeit die Agrarproduktivität reduzierte. Jedenfalls schleppten sich die Konflikte dahin, ohne dass Gott Katholiken oder Protestanten den Sieg verliehen hätte. Derweil wurde die Militärtechnik besser, und das Interesse an rationalen statt spirituellen Erklärungen wuchs. Auf dieser Basis entstand später die Philosophie der Aufklärung, die wiederum zu Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten führte. Zunehmende Alphabetisierung unterstützte diese Entwicklung.

Wer heute nicht lesen und schreiben kann, ist per definitionem ausgegrenzt. Die Betroffenen können:

- wichtige und vielfältige Arbeitsaufgaben nicht übernehmen,
- nur in begrenztem Maße am ökonomischen Leben und dem politischen Geschehen teilnehmen,
- sich nicht selbständig Informationen über viele Dinge beschaffen,
- Vertragstexte nicht prüfen und
- keinen optimalen Gebrauch von den diversen digitalen Geräte machen, die selbst in abgelegenen Dörfern von Entwicklungsländern mittlerweile zum Alltag gehören.

Aus gutem Grund betont die internationale Staatengemeinschaft seit langem Alphabetisierung als Entwicklungsziel. Das vierte UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung ist denn auch qualitativ hochwertige Bildung. Lesekompetenz ist die Grundlage für andere Kompetenzen wie Medienkompetenz, Computerkompetenz oder auch wissenschaftliches Denken. Sie ist für Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit unabdingbar. Menschen, die Wissenslücken nicht eigenständig füllen können, können ihr Schicksal nicht in die eigene Hand nehmen.

Selbst in wohlhabenden Nationen gibt es funktionale Analphabeten. Sie erfassen vielleicht einzelne Sätze mit Mühe, verstehen aber den Kontext nicht. In Entwicklungsländern ist die Lage tendenziell schlimmer. Einschulungsraten sind vielfach noch zu niedrig, obwohl das in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich besser geworden ist. Die Schulqualität ist aber häufig noch unbefriedigend. Öffentliche Schulen müssen aber allen guten Unterricht bieten. Denn wenn Kinder zu mündigen Bürgern heranwachsen sollen, brauche sie gute Bildung.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Debatte



Studieren in Deutschland

Ausländische Absolventen deutscher Hochschulen helfen Brücken zwischen den Kulturen zu bauen. Das stimmt, ob sie in die Heimat zurückkehren oder in Europa bleiben, wie Sudeh Dehnavi von der TH Köln ausführt. **SEITE 12**

Tribüne



Soziale Sicherung für alle

Seit Jahren schlagen Sozialexperten die Einrichtung eines Globalen Fonds für Soziale Sicherheit vor. Er soll Länder mit geringer Wirtschaftskraft dabei unterstützen, ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für die Bevölkerung zu finanzieren. Die Debatte nimmt nun Fahrt auf, wie Markus Kaltenborn und Laura Kreft von der Ruhr-Universität Bochum berichten. **SEITE 15**

Unbewohnbare Heimat

Ganze Gemeinden müssen Überflutungen, Dürren und anderen Folgen des Klimawandels weichen. Weitere Vertreibung ist zu erwarten. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Bemühungen, auf die Bedürfnisse der Klimamigranten einzugehen, besser koordinieren, fordern Michaela Schaller und Felix Ries von der GIZ. **SEITE 17**

ÖKONOMIE DER BIODIVERSITÄT

Wirtschaft ganz neu denken

Der britische Dasgupta-Bericht ruft dazu auf, den Menschen und seine Wirtschaftssysteme als Teil der Natur zu betrachten. Biodiversität ist demnach ein wertvolles Gut, ihr Schwund eine Bedrohung für den Wohlstand. Jegliche Interaktion mit der Natur sollte dem Leitgedanken wirklicher Nachhaltigkeit folgen.

Von Katja Dombrowski

Der im Februar erschienene Dasgupta-Bericht betrachtet die Natur als Vermögenswert, der gleichrangig ist mit produziertem Kapital (etwa Straßen, Gebäuden und Fabriken) und Humankapital (Gesundheit, Wissen und Fertigkeiten). Gleichzeitig erkennt er an, dass Natur mehr ist als ein Wirtschaftsgut: Sie habe einen immanenten Wert, der in ihrer bloßen Existenz liegt.

Die Biodiversität, also die Vielfalt an Lebensräumen und Lebensformen sowie die genetische Vielfalt innerhalb von Arten, mache die Natur produktiv, widerstandsfähig und anpassungsfähig. Auch darin sehen die Verfasser des Berichts, der nach seinem Leitautor, dem britischen Ökonomen Partha Dasgupta, benannt ist, eine Parallele zur Finanzwelt: Vielfalt im Anlageportfolio verringere Risiken so, wie die Vielfalt der Natur Ökosysteme gegen Schocks wappne. Weniger Biodiversität sei schlecht für die Natur und die Menschheit.

Gemäß dieser ökonomischen Perspektive hat die Menschheit kollektiv das globale Portfolio natürlicher Vermögenswerte bislang schlecht verwaltet: Die Nachfrage übersteigt laut Dasgupta et al. das Angebot bei weitem. Während sich das produzierte Kapital pro Kopf zwischen 1992 und 2014 verdoppelt und das Humankapital um 13 Prozent zugenommen habe, sei das Naturkapital um 40 Prozent geschrumpft. Mit anderen Worten: Menschlicher Wohlstand ist auf Kosten der Natur gewachsen. Um ihn aufrechtzuerhalten, wären Schätzungen zufolge 1,6 Erden nötig.

Da aber nur ein Planet zur Verfügung steht, müssen Wirtschaftswachstum und Entwicklung nachhaltig gestaltet werden.

Laut Dasgupta bedeutet das, anzuerkennen, „dass unser langfristiger Wohlstand davon abhängt, unsere Nachfrage nach Rohstoffen und Dienstleistungen der Natur in Einklang zu bringen mit ihren Möglichkeiten, diese bereitzustellen.“ Das sagte er bei der Veröffentlichung des Berichts, an dem er – zusammen mit weiteren Experten – seit 2019 im Auftrag der britischen Regierung gearbeitet hatte.

ARME LÄNDER AM STÄRKSTEN BETROFFEN

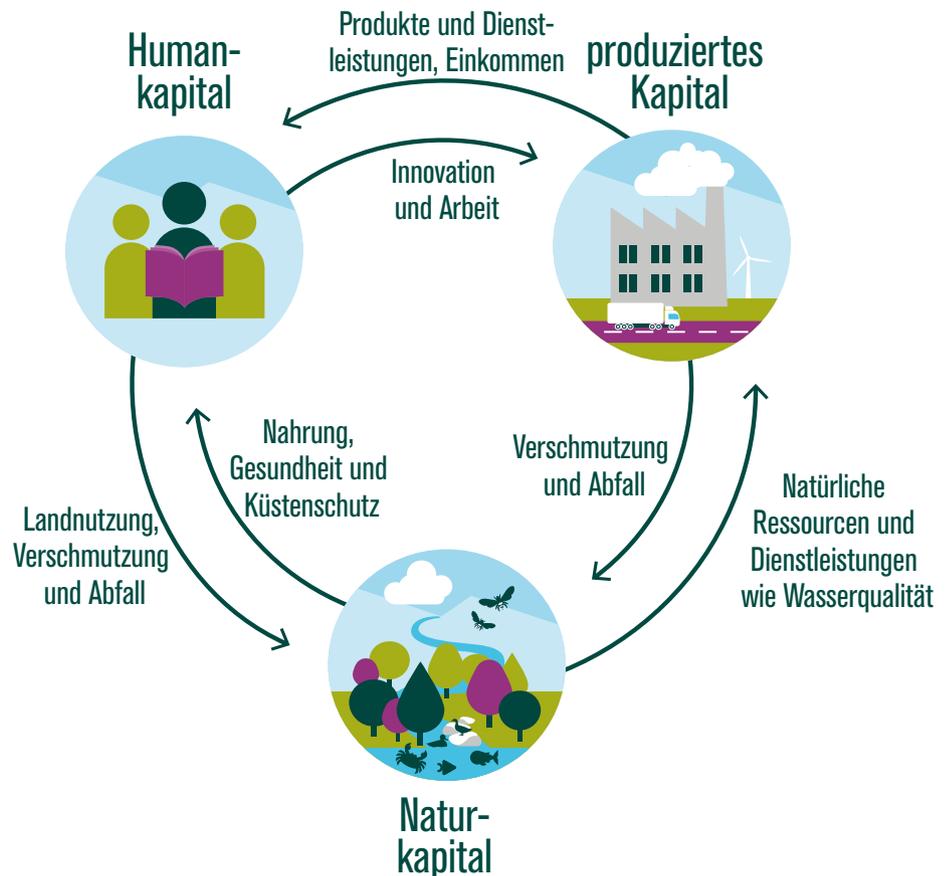
Der Rückgang der Biodiversität ist dramatisch (siehe Theresa Krinninger im E+Z/D+C e-Paper 2019/07, Monitor). Viele Ökosysteme, von tropischen Regenwäldern bis hin zu Korallenriffen, sind bereits unwiederbring-

lich zerstört; andere stehen kurz vor einem „Kipppunkt“, der dramatische Folgen für das Leben auf der Erde haben könnte. Arme Länder, die wirtschaftlich stärker von heimischen Naturdienstleistungen und -ressourcen abhängig sind als die Industrienationen, sind am stärksten betroffen, wie der Bericht betont.

Die Hauptgründe für die desolate Lage sehen die Autoren in einem Versagen von Märkten und Institutionen. Sie kritisieren, dass die Naturdienstleistungen und -ressourcen finanziell nichts kosten. Dadurch gebe es keinen Anreiz, in sie zu investieren. Problematisch sei auch, dass manche natürlichen Vermögensbestände mobil sind (Tiere), andere leise (Bäume) oder unsichtbar sind (wie das Leben im Boden). Zudem sei schwer nachzuverfolgen, was sich auf sie in welcher Weise auswirkt, was zu zahlreichen externen Effekten führe.

Diesem Marktversagen liegt dem Bericht zufolge ein grundsätzliches institutionelles Versagen zugrunde. Der Umgang mit den Externalitäten sei mangelhaft, und fast

Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Arten von Kapital.



überall auf der Welt verschärften Staaten das Problem, indem sie mehr Geld für Naturschutz ausgeben und nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten nicht bevorzugen. Konservativen Schätzungen zufolge betragen die weltweiten Subventionen, die der Natur schaden, zwischen 4000 Milliarden und 6000 Milliarden Dollar pro Jahr.

Darüber hinaus fehle es an internationalen Vereinbarungen, um globale öffentliche Güter wie die Ozeane oder Regenwälder zu schützen. Eine Chance, das zu ändern, sehen die Autoren in der 15. UN-Biodiversitätskonferenz (COP15) im Oktober im chinesischen Kunming und in der 26. UN-Klimakonferenz (COP26) im November im schottischen Glasgow. Das Jahr 2021 gilt als ausschlaggebend dafür, ob dramatische Trends wie der Schwund der Biodiversität und das weitere Befeuern der Klimakrise gestoppt werden können oder nicht.

DIE MENSCHHEIT ALS TEIL DER NATUR SEHEN

Die Autoren halten es für nötig, das Verhältnis von Natur und Wirtschaft komplett neu zu denken. Die meisten Modelle für Wirtschaftswachstum und Entwicklung betrach-

teten die Natur als Quelle einer endlichen Zahl von Gütern und Dienstleistungen und zielten darauf ab, darzulegen, dass technologischer Fortschritt diese Endlichkeit prinzipiell überwinden könne. Die Menschheit wird in solchen Theoriemodellen als „außerhalb“ der Natur gesehen.

Im Gegensatz dazu schlagen Dasgupta et al. eine „Ökonomie der Biodiversität“ vor. Sie sieht den Menschen und seine Wirtschaftssysteme als Teil der Natur. Diesem Verständnis folgend, müssten die Menschen die volle Verantwortung für die Folgen jeglicher Interaktion mit der Natur übernehmen, von der Förderung von Rohstoffen bis zur Entsorgung von Abfall, und zu wahrhaft nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Entwicklung kommen. Konkret erkennen die Autoren Handlungsbedarf auf drei Ebenen:

- Die Menschheit muss dafür sorgen, dass sie nicht mehr natürliche Ressourcen verbraucht, als auf Dauer bereitgestellt werden können. Dazu muss das Angebot an Naturgütern erhöht werden, beispielsweise durch eine Ausweitung von Schutzgebieten, höhere Investitionen in naturbasierte Lösungen und politische Maßnahmen, die Überkonsum und Überproduktion verhindern.
- Wir sollten wirtschaftlichen Erfolg anders messen und zu einer inklusiven De-

finition von Wohlstand kommen, die den Wert von Investitionen in die Natur berücksichtigt. Die Erfassung von Naturkapital in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wäre ein wichtiger Schritt.

- Für diese Veränderungen müssen wir unsere Institutionen und Systeme – vor allem in den Bereichen Finanzen und Bildung – umbauen, etwa indem öffentliche und private Gelder so umgeleitet werden, dass sie natürliche Vermögenswerte auf- und nicht abbauen. In der Bildung sollte die Natur einen hohen Stellenwert erhalten, unter anderem, damit Menschen bewusste Entscheidungen treffen und Wandel einfordern können.

LINK

Dasgupta, P., et al., 2021: *The Economics of Biodiversity – The Dasgupta Review*.
<https://www.gov.uk/government/publications/final-report-the-economics-of-biodiversity-the-dasgupta-review>



KATJA DOMBROWSKI
 ist Redakteurin von E+Z
 Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

eu.z.editor@dandc.eu

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





Windpark im Nordwesten Chinas.

CO₂-EMISSIONEN

Xi auf Klimaziele verpflichtet

China stößt mehr Treibhausgase aus als jedes andere Land. Ob es die Ziele aus dem Pariser Klimavertrag erreicht, ist daher von globaler Relevanz. Eine Studie, die die Heinrich-Böll-Stiftung kürzlich veröffentlicht hat, macht Hoffnung, dass die Volksrepublik ihre Versprechungen einhält.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Tatsächlich scheint China der Studie zufolge seine selbstgesteckten Klimaziele sogar vorzeitig zu erreichen. Geschrieben wurde sie von Lauri Myllyvirta, Huwei Zhang, Xinyi Shen und Yunqing Bi im Auftrag des Thinktanks CREA (Centre for Research on Energy and Clean Air).

Die Weltklimakonferenz 2015 in Paris stellte einen Paradigmenwechsel dar. Anstatt globale Emissionsziele festzulegen, soll nun jedes Land nationale Klimaschutzziele (nationally determined contributions – NDCs) ausarbeiten und regelmäßig aktualisieren. China versprach zunächst, den Höhepunkt seiner CO₂-Emissionen 2030 zu erreichen. Doch im vergangenen September erklärte Präsident Xi Jinping: „Wir streben an, den Höhepunkt der CO₂-Emissionen vor 2030 und CO₂-Neutralität vor 2060 zu erreichen.“

Um diese langfristige Vision wahr werden zu lassen, müsse China kurzfristig handeln, schreiben die Autoren. Sie verweisen darauf, dass Chinas Anteil an den globa-

len Emissionen schnell gestiegen sei – von weniger als zehn Prozent im Jahr 1990 auf mehr als 25 Prozent im Jahr 2019. Grund dafür war der Investitions- und Exportboom, der in den 1990er Jahren begonnen hatte und nach Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation noch zunahm. Hinzu kamen den Klimaexperten zufolge nationale Stimulus-Programme. Wenn diese Trends nicht umgekehrt werden, kann China seine Ziele nicht erreichen.

Besondere Bedeutung wird dem im März 2021 veröffentlichten 14. Fünfjahresplan zugeschrieben. Umweltexperten erkennen darin allerdings keinen großen Wandel. Myllyvirta et al. hatten Ende 2020 in ihrem Bericht geschrieben, dass der Plan drastische zusätzliche Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung pro Bruttoinlandsprodukteinheit enthalten müsse. Stattdessen bestätigt der neue Plan weitgehend die Ziele des vorigen Fünfjahresplans. Der Studie zufolge sind die alten Ziele unzureichend. Andererseits arbeite China seit einiger Zeit daran, seine NDCs dahin gehend nachzuschärfen, den Höhepunkt der CO₂-Emissionen bereits bis 2025 zu erreichen.

Wie anderswo auch, führt die Coronakrise in China zu neuen Herausforderungen. Die Wirtschaft leidet, und die Rolle des Staates habe bisher an Wichtigkeit zugenommen, schreiben die Verfasser der Studie. Staatliche Investitionen in Infrastruk-

tur und Industrieprojekte haben jüngst zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts geführt, wobei sich die Bau- und Schwerindustrie wesentlich schneller erholt zu haben scheinen als der private Konsum und der Dienstleistungssektor. Anders ausgedrückt, sind also energieintensive Branchen besonders wichtig, was die Herausforderung, Klimaneutralität zu erreichen, verschärft.

Der Bericht fordert, dass Chinas internationale Partner wie die EU Präsident Xi auf seine Zusagen verpflichten und sowohl „harte“ als auch „weiche“ Instrumente nutzen sollen, um China auf den richtigen Kurs zu bringen. Die Autoren sehen in China eine dezentralisierte Diktatur. Politische Maßnahmen würden auf lokalen und subnationalen Ebenen vorbereitet, brauchten aber die Zustimmung von oben. Demnach könnten internationale Partner auf verschiedenen Ebenen ansetzen, müssten aber den richtigen Zugang finden.

Myllyvirta et al. sehen die EU in einer Führungsrolle bei Gesprächen mit China. Sie raten dazu, gute Erfahrungen im Energie- und Umweltmanagement mit chinesischen Partnern zu teilen. Als wichtiger Handelspartner könnte die EU China auch dazu drängen, Nachhaltigkeitsprinzipien in ihrer Belt and Road Initiative (BRI), dem großen internationalen Infrastrukturinvestitionsprogramm, zu befolgen. Kritikern zufolge spielt Klimaschutz in der BRI vielfach keine Rolle.

Der Bericht erschien im Dezember 2020, bevor Joe Biden US-Präsident wurde. Auf dessen Klimapolitik geht er folglich nicht ein.

LINK

Myllyvirta, L. et al., 2020: Political Economy of Climate and Clean Energy in China.

https://www.boell.de/sites/default/files/2021-01/Clean_Energy_in_China_endf.pdf?dimension1=division_ip



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

kommt aus Uganda und studiert Entwicklungsmanagement an der Ruhr-

Universität Bochum. Der Masterstudiengang ist dem AGEP, dem deutschen Verband für Postgraduiertenprogramme mit besonderer Relevanz für die Entwicklungsländer, angeschlossen.

sekandiron@gmail.com

GLOBAL GOVERNANCE

Schmutzige Geldflüsse eindämmen

Illegale Finanzströme stellen ein großes Hindernis für nachhaltige Entwicklung dar. Der kürzlich veröffentlichte Bericht eines hochrangigen Expertengremiums macht Lösungsvorschläge für das Problem.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Regierungen sollten sich stärker dafür einsetzen, das globale Finanzsystem auf Rechenschaftspflicht, Legitimität, Transparenz und Fairness zu gründen. Laut dem 2020 von den UN eingesetzten High-Level Panel on International Financial Accountability, Transparency and Integrity for Achie-

ving the 2030 Agenda (FACTI) sind das die wichtigsten Merkmale finanzieller Integrität.

FACTI zufolge ist diese unabdingbar. Seine Mitglieder fordern mehr Transparenz im Hinblick auf:

- die Besitzverhältnisse von Unternehmen,
- öffentliche Ausgaben,
- die Verfolgung von Bestechung,
- die Besteuerung der großen Digitalunternehmen, die das Internet dominieren,
- den Kampf gegen Geldwäsche und
- die Verhinderung von Steuervermeidung und steuerlichen Missbrauch.

Derzeit verschwindet laut FACTI zu viel Geld in illegalen Kanälen. 2,7 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts sei jährlich von Geldwäsche betroffen, und bis zu 600 Milliarden Dollar gingen Regierungen pro Jahr verloren, weil Unternehmen sich Steueroasen zunutze machten. Allein Deutschland entgehen demnach aufgrund von Steuervermeidung jährlich 35 Milliarden Dollar. Mit diesem Geld könnte eine zusätzliche Kapazität von 19 Gigawatt Windkraft an Land aufgebaut werden. Bangladesch könnte mit seinen entgangenen Steuern eine Rente für 9 Millionen Menschen finanzieren und der Tschad 38000 Klassenzimmer bauen. Der Bericht weist zudem darauf hin, dass die NGO Transparency International Korruption

und Amtsvergehen in 17 Ländern dokumentiert hat, die 1,1 Milliarden Dollar an Staatsgeldern betreffen.

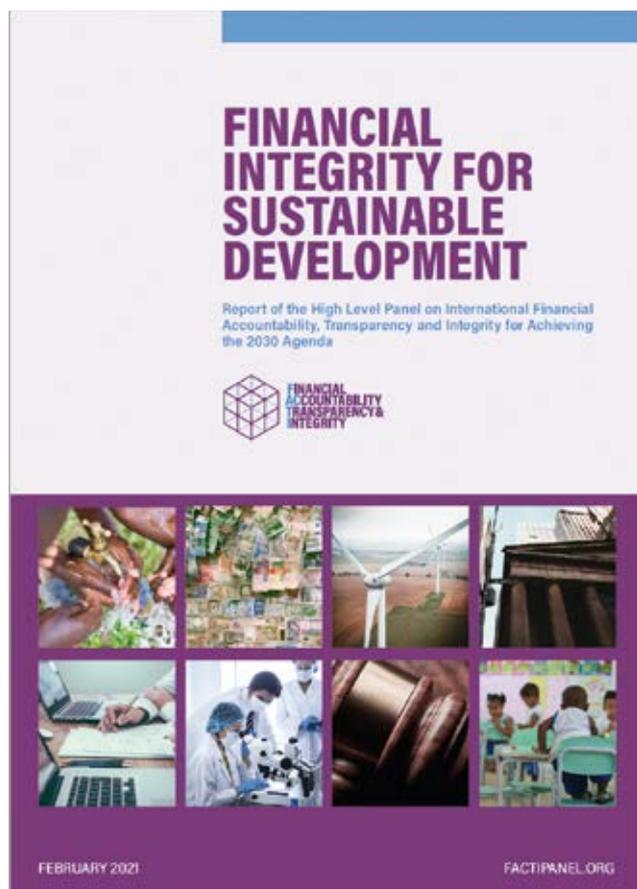
Die Probleme wurden bereits 2015 auf dem UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba diskutiert. Er mündete in die Addis Ababa Action Agenda. Darin verpflichteten sich die Teilnehmer dazu, ihre Anstrengungen zur Eindämmung illegaler Finanzströme bis 2030 zu verdoppeln. Dazu wollten sie Steuervermeidung und Korruption bekämpfen, indem sie sowohl ihre nationalen Regulierungen als auch die internationale Zusammenarbeit verstärken. Das wurde als essenziell für das Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) angesehen, die die UN im selben Jahr verabschiedeten.

AUSWIRKUNGEN DER PANDEMIE

Der FACTI-Bericht hält die bestehenden Regulierungsrahmen für unzureichend, um illegale Finanzströme zu unterbinden. Auch schon bevor Covid-19 die öffentlichen Finanzen und das Vertrauen der Menschen vernichtete, wiesen die nationalen und internationalen Systeme demnach Schwächen auf. Die Pandemie habe zudem die Ungleichheit verstärkt. FACTI schätzt, dass extreme Armut zwischen April und Juli 2020 um sieben Prozent zugenommen hat. Auf der anderen Seite soll das Vermögen von Milliardären um 27,5 Prozent gestiegen sein.

FACTI wird von den beiden Co-Vorsitzenden Ibrahim Assane Mayaki, Ex-Regierungschef des Nigers, und Dalia Grybauskaitė, ehemalige Präsidentin Litauens, geleitet. Es baut auf der Arbeit verschiedener UN-Organisationen wie UNODC, UNCTAD, UNDP und den Regionalkommissionen auf. Die Mitglieder sind sich nicht in allen Details des Berichts einig, stimmen aber darin überein, dass jetzt folgende Schritte nötig sind:

- der Aufbau eines legitimierten globalen Systems von Gesetzen, Normen, Standards und Institutionen, die mit UN-Prinzipien und -Standards im Einklang sind,
- der Umbau des Finanzsystems dahingehend, dass die Klimakrise berücksichtigt und nachhaltige Investitionen sichergestellt werden, und
- eine Übersetzung der FACTI-Vorschläge in Richtlinien für nationale und internationale Finanzsysteme.



Der Bericht kann hier heruntergeladen werden: <https://www.factipanel.org/reports>.

GIZ

Erfahrungswissen

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist laut ihrem Vorstandsmitglied Ingrid-Gabriela Hoven ein „lernendes Unternehmen“. Wichtige Leitfragen seien: „Wirkt, was wir tun? Und wenn ja, warum?“ Der Titel des Ende Februar veröffentlichten Evaluierungsberichts 2020 lautet dann auch „Wissen nutzen“.

Von Hans Dembowski

Der Bericht bietet auf der Basis der Auswertung von 215 Vorhaben interessante Einblicke in die Erfolge, aber auch die Grenzen der GIZ-Arbeit. Das Schwerpunktthema ist Governance. Mit diesem Schlagwort fasst die GIZ die Themenfelder gute Regierungsführung, Friedensentwicklung und Krisenprävention zusammen. Die einschlägigen Vorhaben werden im Schnitt als „insgesamt erfolgreich“ bewertet. Als besonders wirkungsvoll hätten sich Fach- und Organisationsberatung sowie Fortbildungsangebote erwiesen. Der Evaluierungsbericht räumt aber ein, „makropolitische Rahmenbedingungen eines Partnerlandes, etwa Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Transparenz staatlichen Handelns“, seien damit kaum beeinflussbar.

Die GIZ hat beispielsweise Sambias Regierung dabei unterstützt, öffentliche Finanzen besser zu verwalten. Laut Evaluierungsbericht gibt es gute Ergebnisse bei der Arbeit der Steuerbehörde und der Qualität der Steuerprüfungen. Allerdings habe der Verfall des Weltmarktpreises für Kupfer, Sambias wichtigstes Exportgut, die Stabilisierung der Staatsverschuldung verhindert. Zudem sei die Transparenz der Finanzverwaltung weiterhin mangelhaft. Künftig sollten deshalb zivilgesellschaftliche Akteure und die Antikorruptionsstelle des sambischen Rechnungshofs stärker einbezogen werden, urteilen die Prüfer.

Die GIZ ist im Auftrag der Bundesregierung auch im Rechtsstaatsdialog mit China aktiv. In den Jahren 2015 bis 2018 beriet sie Gesetzgeber und bildete Justizpersonal fort. Der Evaluierungsbericht stellt fest, dass Gesetze im Zivil-, Arbeit-, Wettbewerbs- und

Finanzrecht nun rechtsstaatlichen Prinzipien folgen, eine höhere Qualität richterlicher Urteile sei jedoch nicht zu erkennen. „Die aufgezeigten Schwächen spiegeln den politischen Kontext wider“, heißt es im Bericht.

Solche Erfahrungen bestätigen die alte Erkenntnis, dass für dauerhaften Wandel die Eigenverantwortung („Ownership“) der relevanten Akteure in den Partnerländern wesentlich ist. Bilaterale Institutionen wie die GIZ können zwar Grundlagen für Verbesserungen schaffen und positive Trends unterstützen, jedoch nicht die Entwicklung der Partnerländer steuern. Der Evaluierungsbericht empfiehlt, stärker auf Mehr-Ebenen-Ansätze zu setzen, auf mögliche Synergien zu achten und Vorhaben ausbaufähig anzulegen.

Das ist ein hoher Anspruch – und besonders dann schwer zu erfüllen, wenn schnell und flexibel reagiert werden muss. Dazu zwingen krisenhafte Entwicklungen die GIZ immer wieder. Der Bericht benennt fragile Staatlichkeit als riesiges Problem. Auch habe die Flüchtlingskrise die GIZ auf die Probe gestellt. Der Evaluierungsbericht lobt das GIZ-Personal unter anderem für „Flexibilität im Umgang mit den komplexen und restriktiven Bedingungen“.

Das Evaluierungssystem der GIZ wird im Lauf der Zeit immer wieder an neue Erfordernisse angepasst. Unter anderem prüft es nun, wie Vorstandssmitglied Hoven bei der Vorstellung des Berichts mitteilte, ob und in welchem Maß GIZ-Vorhaben der Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) dienen. Als sechstes grundlegendes Prüfkriterium sei nämlich Kohärenz zu den fünf bisherigen (Relevanz, Effektivität, Effizienz, Bezug zu politischen Zielen und Nachhaltigkeit) hinzugekommen. Zunehmend steuere zudem die Unternehmenszentrale die Evaluierungstätigkeit, wohingegen in der Vergangenheit Projektverantwortliche selbst Studien in Auftrag gegeben hätten. Hoven zufolge werden nur unabhängige Experten mit Evaluierungen beauftragt, die nicht an Vorbereitung oder Ausführung der Vorhaben teilgenommen haben.

Martin Jäger, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sagte, er kenne kein anderes Politikfeld, das die Ergebnisse seiner Arbeit „so akribisch prüft“. Der Haushalt seines Ministeriums habe sich von 2015 bis 2020 auf 12 Milliarden Euro verdoppelt.

LINK

GIZ, 2021: Evaluierungsbericht 2020: Wissen nutzen. (12 MB)

<https://www.giz.de/de/downloads/giz2020-evaluierungsbericht-2020.pdf>



2019 eingeweihtes Bonner GIZ-Bürogebäude.

Banken für alle Menschen

Bankdienstleistungen wie Konten, Kredite und Kanäle für den Geldtransfer helfen Menschen dabei, ihr Geld zu verwalten und Investitionen etwa in ein Haus oder in Bildung vorzunehmen.

Haushalte, die Zugang zu solchen – sicheren – Dienstleistungen haben, sind eher in der Lage, größere Ausgaben zu tätigen oder für die Zukunft zu sparen. Und Unternehmen investieren auch lieber in einem Umfeld, in dem die meisten Menschen Finanzprodukte nutzen.

Deshalb streben viele Entwicklungsländer, darunter Sambia, universellen Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen an. Der Weg dorthin ist allerdings noch weit. In Sambia haben mehr als 40 Prozent der Erwachsenen keinen Zugang zu qualitativ hochwertigen Finanzprodukten, und 60 Prozent derjenigen, die Zugang haben, machen keinen Gebrauch davon. Das geht aus Sambias nationalem Strategiepapier für finanzielle Inklusion 2017–2022 hervor.

In vielen Gegenden, vor allem auf dem Land, verlassen sich die Menschen noch ganz auf Bargeld oder Tauschgeschäfte, oder sie nutzen informelle Möglichkeiten, Zahlungen vorzunehmen und Geld anzusparen. Zu den Hauptgründen dafür gehören laut einer Weltbank-Studie von 2017 hohe Bankgebühren, schlecht zu erreichende Bankfilialen und ein Mangel an Vertrauen in den Bankensektor.

Allmählich ändert sich das aber. Atlas Mara Bank Zambia, eine große Privatkundenbank mit Sitz in Lusaka, hat kürzlich zwei Filialen in der abgelegenen Nordwest-Provinz eröffnet: in Mwi-

lunga und in Zambezi. „Wir bringen Finanzdienstleistungen in den Zambezi-Distrikt, nachdem es sie dort mehr als 30 Jahre lang nicht gab“, sagt der Geschäftsführer der Bank, James Koni.

Die Kunden sind begeistert. „Hier eine Bank zu haben wird mir die Möglichkeit geben, Geld zu sparen und größere finanzielle Sicherheit zu bekommen“, sagt Clement Mufwaya, der Ananas im Mwinilunga-Distrikt anbaut. „Mit einem Bankkonto kann ich außerdem einen Kredit erhalten und mein Geschäft erweitern.“

Die Regierung ermuntert andere Banken, dem Vorbild der Atlas Mara Bank zu folgen. Außerdem wünscht sie sich elektronischen Service für Kunden in sehr abgelegenen Gebieten. „Digitalisierung ist die Zukunft von Finanzdienstleistungen“, betont Mukuli Chikuba, Staatssekretär im Finanzministerium. Entsprechende Angebote zu machen werde auch den Banken selbst zugutekommen.

Allerdings ist es kostspielig, in ländliche Gegenden zu expandieren und Online-Dienstleistungen anzubieten. Banken werden voraussichtlich fusionieren müssen, um groß genug zu werden, um in Informationstechnologien zu investieren und die Bevölkerungsteile zu erschließen, die noch keinen Zugang zu Bankdienstleistungen haben.

Diese Entwicklung zeichnet sich bereits ab. So hat Atlas Mara 2016 die Finance Bank Zambia gekauft und mit einer bereits bestehenden Tochterfirma fusioniert. Die so entstandene Institution hat 65 Filialen, 23 externe Agenturen und 176 Geldautomaten, verteilt auf alle zehn sambischen Provinzen.

Ziel der Bank ist es, digitale Anwendungen anzubieten, die die Kundendaten vor Hackern schützen und sicheres Online-Banking ermöglichen. „Im Zentrum steht unsere erstklassige digitale Plattform“, erklärt Koni. Damit zeige die Bank, dass sie die Vision der Regierung von finanzieller Inklusion aller Sambier ernsthaft unterstütze.



DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist in
Lusaka.

derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 31.3.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashy, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB; Redakteurin), Dagmar Wolf (DW; Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Katja Dombrowski (KD),

Aviva Freudmann (AF), Monika Hellstern (MH; Social Media), Jan

Walter Hofmann (JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



HUNGERSNOT IM JEMEN

Das Schlimmste abwenden

Im kriegsgebeutelten Jemen spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab. Die internationale Gemeinschaft ist mehr denn je gefordert, dem Land beizustehen. Bei der UN-Geberkonferenz am 1. März kam aber nicht einmal die Hälfte der geforderten Summe zusammen, die humanitäre Organisationen für notwendig halten.

Von Tamuna Sabadze

Im März 2015 begann im Jemen der Krieg. Eine von Saudi-Arabien angeführte und von den USA und europäischen Mächten unterstützte Militärallianz der jemenitischen Regierung bekämpft von Iran unterstützte schiitische Huthi-Rebellen (siehe Maysam Behravesh in E+Z/D+C e-Paper 2018/01). Trotz der Friedensbemühungen der UN ist in diesem Krieg kein Ende in Sicht.

Für die Bevölkerung ist das desaströs. Von den knapp 30 Millionen Einwohnern Jemens brauchen mittlerweile zwei Drittel humanitäre Hilfe. Mehr als der Hälfte droht der Hungertod. Die Mehrzahl der Kinder ist aufgrund von Mangelernährung unterentwickelt.

Die Wirtschaft kollabiert, und das Finanzsystem ist instabil. Die jemenitische Währung Rial hat allein 2020 über 25 Prozent ihres Außenwerts verloren, während die Lebensmittelpreise in die Höhe geschossen sind. Selbst der Staat zahlt Gehälter

höchst selten aus. Es gibt zwar noch Nahrungsmittel, aber nur die wenigsten können sie sich leisten.

Die Abhängigkeit von Hilfsorganisationen ist kontinuierlich gewachsen. Derzeit unterstützen mehr als 208 Organisationen jeden Monat durchschnittlich 13 Millionen Menschen im ganzen Land, finanziert auch von öffentlichen Gebern wie Deutschlands Auswärtigem Amt oder dem Europäischen Amt für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations – ECHO). Bei der UN-Geberkonferenz am 1. März kamen aber nur 1,7 Milliarden Euro zusammen. Das war knapp die Hälfte der Summe, die nötig wäre. Im Vorfeld waren 3,3 Milliarden gefordert worden.

Die fehlenden 1,6 Milliarden Euro stehen symbolisch dafür, dass sich die reichsten Länder der Welt den drängendsten globalen Problemen immer weniger stellen. Ihre Finanzmittel retten Leben, auch wenn selbstverständlich mehr als Geld benötigt wird. Ohne Geld können Hilfsorganisationen wie das International Rescue Committee (IRC) aber nicht im nötigen Umfang arbeiten. Folglich werden Menschen sterben.

Nur erhöhter Druck der internationalen Staatengemeinschaft auf die Konfliktparteien kann Kriegsverbrechen und Straflosigkeit beenden und den Friedensprozess neu anstoßen. Der von der neuen

US-Regierung angekündigte Kurswechsel bietet Grund zur Hoffnung: Unter Präsident Joe Biden wollen die USA:

- die unter Vorgänger Donald Trump ausgesetzten Hilfsleistungen im von den Huthis kontrollierten Norden des Landes wieder verfügbar machen,
- die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien unterbrechen und
- die Unterstützung für die Offensivoperationen der von Riad geführten Koalition beenden.

Auch der von der Bundesregierung verlängerte Stopp von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien (bis Ende 2021) ist wichtig. Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass deutsche Waffen nicht über Ägypten oder die Vereinigten Arabischen Emirate in den Jemen geraten oder dass sie dort im Zusammenhang mit europäischen Projekten eingesetzt werden.

Es ist gut, dass die US-Regierung nun darauf verzichtet, die Huthi-Bewegung als Terrororganisation einzustufen. Das hätte die Lieferung von kommerziellen und humanitären Gütern unmöglich gemacht. Solche Sanktionen hätten vor allem die Zivilbevölkerung getroffen.

Doch all diese Schritte sind bestenfalls der Anfang eines von der internationalen Gemeinschaft getragenen Engagements zur Lösung des Jemen-Konflikts. Die Übernahme des Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat im März sollten die USA dazu nutzen, das Völkerrecht als Basis internationaler Beziehungen zu stärken und Akteure, die es verletzen, zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist ein gutes Zeichen, dass Saudi Arabien unter Druck aus Washington nun Interesse an einem Waffenstillstand im Jemen bekundet.

Um eine weitere Zuspitzung der humanitären Krise zu verhindern, muss die Weltgemeinschaft jetzt:

- ihre Finanzausgaben schnell erfüllen,
- den Zugang von humanitärer Hilfe gewährleisten,
- die richtigen Hilfsmittel ins Land bringen (inklusive Impfstoffen gegen Covid-19) und
- einen permanenten Waffenstillstand aushandeln.



Mobiles Gesundheitspersonal behandelt ein unterernährtes Kleinkind im Jemen.



TAMUNA SABADZE
ist die Landesdirektorin des International Rescue Committee (IRC) im Jemen.
IRCDeutschland@Rescue.org

PANDEMIE

Neue Basis für Staatsfinanzen

Das Coronavirus unterscheidet nicht zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Reichen Nationen fällt es aber leichter, auf die Pandemie zu reagieren. Auch südlich der Sahara müssen Regierungen handeln.

Von Chimezie Anajama

Wohlhabende Nationen setzen mit finanzieller Unterstützung für Privathaushalte und Unternehmen Maßstäbe. Viele afrikanische Länder reagieren ähnlich. Die Regierungen wissen, dass kleine und mittelständische Unternehmen sowie der informelle Sektor aktuell schwer zu kämpfen haben. Selbst das kleine westafrikanische Land Togo hat Transferzahlungen an Beschäftigte im informellen Sektor erhöht. Mehrere Staaten haben Firmen die Steuerlast reduziert oder ihnen zinsgünstige Kredite gegeben.

Afrikanische Regierungen verdienen Lob dafür, dass sie in der Not Bürgern und Kleinunternehmen helfen. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt. Es wirft aber auch die Frage auf, woher das Geld kommt. Einige Länder südlich der Sahara sind hochver-

schuldet, und der Internationale Währungsfond (IWF) schätzt, dass in der Region bis 2023 eine Finanzierungslücke von 345 Milliarden Dollar aufklaffen wird.

Tatsächlich haben Afrikas Staaten nicht erst in der Pandemie begonnen, sich zu verschulden. Der IWF warnte vor ihrem Ausbruch, dass die Schuldenquote in vielen Ländern schon fast die Marke von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung erreicht. Nun hängt die Wirtschaftspolitik vieler Länder wegen Covid-19 erst recht von multilateralen Finanzinstituten und bilateralen Geberinstitutionen ab. Neue Kredite steigern aber größere Schuldenlast.

Manche Fachleute warnen, Umschuldung werde nicht nur früher oder später nötig werden, sondern auch schwerer als früher auszuhandeln sein. Private Kreditgeber und Schwellenländer – besonders China – spielen nämlich mittlerweile eine relevante Rolle. Sie dürften sich gegen Schuldenerlass stemmen. Manche Beobachter warnen grundsätzlich vor Schuldenerlass, um nicht zur Korruption zu ermutigen (siehe Leny van Oijen und Christian Penda Eko-

ka im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/10).

Tatsächlich sind die Korruptionsprobleme in der Pandemie gewachsen. Südafrikas Rechnungshof hat Fehlverhalten im Zusammenhang mit Covid-19-Geldern beanstandet. In Nigeria schlugen zivilgesellschaftliche Organisationen Alarm und werfen staatlichen Stellen Veruntreuung vor. Es ist klar, dass derlei in vielen Ländern passiert – und zwar auch in wohlhabenden Weltregionen, nicht nur in Afrika.

KEINE SPARPOLITIK

Gut ist aber, dass die Spitzenleute multilateraler Institutionen wie zum Beispiel IWF-Chefin Kristalina Georgieva derzeit Regierungen zur Kreditaufnahme ermutigen (siehe José Siaba Serrate im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/11). Die Notwendigkeit, Menschen zu schützen und stagnierende Volkswirtschaften zu stimulieren, ist offensichtlich. Obendrein muss dringend in Klimaschutz und -anpassung investiert werden. Folglich beharren die multilateralen Institutionen nicht mehr auf Sparpolitik.

Ein kluger Weg, die Finanzspielräume von Entwicklungsländern zu erweitern, wäre nun die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte (Special Drawing Rights – SDRs). Grundsätzlich haben die G7 sich dafür schon ausgesprochen. Dabei geht es um eine geldwerte interne Verrechnungseinheit des IWF. Besonders wirkungsvoll wäre dieser Schritt, wenn Industrieländer ihre neuen SDRs an Entwicklungsländer weiterreichen würden.

Afrikanische Regierungen müssen aber ihrerseits Hausaufgaben erledigen. Sie müssen Korruption bekämpfen und illegitime Finanzflüsse eindämmen. Sie müssen dafür sorgen, dass ihre Steuern progressiv sind und besonders die belasten, die mehr zahlen können.

Die Pandemie bietet also eine Chance, Afrikas Staatsfinanzen auf eine neue Basis zu stellen (siehe Dereje Alemayehu im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2020/11). Wir sollten sie nutzen.



IWF-Chefin Kristalina Georgieva bei digitaler Pressekonferenz im Herbst 2020.



CHIMEZIE ANAJAMA
ist Soziologin und studiert an der Ruhr-Universität Bochum im Masterprogramm Development Management.

Twitter: @mschimezie



Aus aller Welt kommen Studierende nach Köln.

HOCHSCHULEN

Vorteile des Auslandsstudiums

Ausländische Absolventen deutscher Hochschulen bauen Brücken zwischen den Kulturen – ob sie in Europa bleiben oder in ihre Heimatländer zurückkehren.

Von Sudeh Dehnavi

Ein Auslandsstudium bringt Studierende nicht nur akademisch weiter. Es schafft auch gute Gelegenheiten, um

- sich selbst besser kennenzulernen,
- die eigene Meinung in Frage zu stellen,
- bisher unbekannte gesellschaftliche Realitäten zu entdecken,
- neue Perspektiven einzunehmen und
- neue Entscheidungen zu treffen.

Studierende aus Asien und Afrika finden Deutschland ziemlich aufregend. Einerseits profitieren sie von neuen Technologien, besserer Laborausstattung, modernen Lehrplänen und großen professionellen Netzwerken. Andererseits erleben sie eine aufgeschlossene Gesellschaft, die unabhängiges, kritisches Denken fördert und Menschen den Raum gibt, scheinbar unverrückbare Realitäten in Frage zu stellen. Pluralismus, religiöse Toleranz und individuelle Freiheit werden hier als selbstverständlich angesehen. Für den eigenen persönlichen und beruflichen Weg eröffnen

sich neue Möglichkeiten. Das trifft selbstverständlich auf alle Studierenden zu, die ihre Heimatstadt fürs Studium verlassen. Aber die Auswirkungen sind für jemanden, der aus Afrika oder Asien nach Europa geht, größer.

Deutschland fungiert zudem als Drehkreuz, das internationale Studierende aus verschiedenen Regionen zusammenbringt. Oft bleiben diese Verbindungen auch nach dem Abschluss bestehen. Egal, ob die Absolventen nach Hause zurückkehren, in Deutschland bleiben oder in ein anderes Land weiterziehen – sie beeinflussen in jedem Fall die Entwicklung ihrer Heimatländer. Diese brauchen gut ausgebildete Menschen, die Verantwortung übernehmen und Wandel herbeiführen. Wer Erfahrungen und eine Ausbildung im Ausland mitbringt, eignet sich gut dafür. Doch selbst wer in Deutschland bleibt, ist mit Familie und Freunden in der Heimat in Kontakt, teilt seine Erfahrungen und inspiriert andere. Das gilt auch für Absolventen, die von deutschen Universitäten in ein anderes, oft anglophones Land wechseln.

Ich arbeite als Koordinatorin des internationalen Masterprogramms „Integrated Water Resources Management“ an der TH Köln. Es legt einen besonderen Schwerpunkt auf den Nahen Osten und Nordafri-

ka, wo die Wasserversorgung schon immer eine große Herausforderung darstellte, wegen der Klimakrise aber immer schwieriger wird. Unsere Studierenden bringen unterschiedliche Abschlüsse mit, und wir legen viel Wert auf Interdisziplinarität und Multikulturalität. Die Teilnehmenden entwickeln sich professionell weiter und vertiefen ihr Verständnis der Themen im Austausch mit Kommilitonen. Dabei ist es faszinierend zu beobachten, wie sie sich zunehmend gegenüber anderen Sichtweisen öffnen. Nach dem Abschluss nehmen viele verantwortungsvolle Positionen ein, die meisten in ihrem Heimatland, manche im Auftrag einer deutschen Entwicklungshilfeorganisation. Andere bleiben hier und schließen eine Dissertation an oder arbeiten in einem deutschen Unternehmen.

In jedem Fall profitiert auch Deutschland. Die ausländischen Studierenden inspirieren ihre deutschen Kommilitonen. Sie schaffen Multikulturalität und können zur Integration von Einwanderern beitragen. Studierende aus Entwicklungsländern aufzunehmen und auszubilden ist eine langfristige Investition, die sich besonders in Zeiten auszahlt, in denen immer mehr Themen internationale, ja globale Zusammenarbeit erfordern. Deutschland braucht Leute in anderen Ländern, die Deutschland verstehen, und es braucht Leute in Deutschland, die andere Länder verstehen. Wer an einer ausländischen Uni studiert hat, ist prädestiniert dafür, Brücken zwischen den beiden Ländern zu bauen, die er gut kennt.

Deutschland nutzt diese Möglichkeiten bereits recht umfassend, könnte aber noch mehr tun. Ein leichter Zugang zu Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen, auch für Angehörige, wäre für viele Ausländer eine Erleichterung. Das Arbeitsumfeld in Deutschland ist für Einwanderer auch nicht immer einfach. Je offener das aufnehmende Land ist, umso besser können Immigranten als Botschafter zwischen den Kulturen fungieren.



SUDEH DEHNAVI

ist Gründerin der ENRoot GmbH, eines Start-ups für Wissenstransfer, und Programmkoordinatorin am

Institute for Technology and Resources Management in the Tropics and Subtropics der TH Köln.

sudeh.dehnavi@th-koeln.de



Verheerende Feuer tobten in Flüchtlingslagern an der Grenze zu Myanmar, nachdem dieser Kommentar fertiggestellt worden war. Zu Redaktionsschluss liefen noch Ermittlungen.

Gebaut für nicht einmal 3000 Menschen, beherbergte es zeitweilig bis zu 20000. Das Feuer machte mehr als 12000 Schutzbedürftige obdachlos und vernichtete fast alles, was sie besaßen. EU-Stellen versprechen Besserung, aber mehr als die Hälfte der Betroffenen fand sich bald auf derselben Insel in einem neuen provisorischen Lager wieder.

Nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen äußern Entrüstung. Im Dezember sagte Gerd Müller, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Passauer Neuen Presse, das neue Lager sei nicht besser, sondern schlechter als das alte. Er habe Moria 2018 besucht, und die Zustände seien schlimmer gewesen als alles, was er in Flüchtlingscamps im Südsudan und Nordirak gesehen habe.

Im Gegensatz zu Bangladesch ist die EU ein starker Akteur. Die Mitgliedsländer haben eine bessere Infrastruktur und höhere Lebensstandards. Zudem haben sie die Flüchtlingskonvention unterzeichnet, was Bangladesch nicht getan hat und entsprechend an deren Normen nicht gebunden ist.

Europäische Politiker betonen gerne die Menschenrechte. Ihre Glaubwürdigkeit wäre größer, würde Europa die Menschenrechte von Flüchtlingen beherzigen. Dass Deutschland rund 1500 Menschen aus Lesbos aufgenommen hat, ist gut – aber es reicht nicht. Rund 7000 stecken in dem neuen Lager auf Lesbos fest. Humanitäre Organisationen berichteten während der jüngsten Kältewellen abermals von katastrophalen Bedingungen. Viele weitere Flüchtlinge leiden auf anderen griechischen Inseln. Wenn die EU ein positives Beispiel konstatieren will, muss sie dafür sorgen, dass alle ausreichende Hilfe und echte Lebenschancen bekommen.



RIDWANUL HOQUE
ist Jura-Professor an der University of Dhaka. Aktuell ist er IASH-Alwaleed Research Fellow an der

Edinburgh University sowie Fellow an der Charles Darwin University in Australien.

HANS DEMBOWSKI

ist Chefredakteur von E+Z/D+C.
euz.editor@dandc.eu

MENSCHENRECHTE

Im Stich gelassen

Bangladesch hat 10000 Rohingya-Flüchtlinge in ein neues Lager auf einer abgelegenen Insel geschickt. Diese harte Politik folgt großenteils einem destruktiven EU-Vorbild.

Von Ridwanul Hoque und Hans Dembowski

Rund 1 Million Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar leben in Bangladesch. Im Sommer 2017 entkamen sie Militärgewalt und genozidalen Pogromen. Die Regierung von Bangladesch erkennt sie zwar nicht als Flüchtlinge an, duldet sie aber aus humanitären Gründen.

Die Flüchtlinge hängen von humanitärer Hilfe ab. Ihre Lager an der Grenze zu Myanmar sind trostlos und armselig. Es gibt zwar beachtliche internationale Unterstützung, aber Bangladesch trägt die Hauptlast. Verhandlungen über Repatriierung mit Myanmar blieben bislang erfolglos, und der Militärputsch dort hat die Lage weiter verdüstert. Die Lager drohen zu permanenten Siedlungen zu werden.

Das will Bangladeschs Regierung nicht, weshalb sie einen harschen Plan umsetzt. Sie will rund 100 000 Flüchtlinge nach Bhashan Char schicken, eine neu aufgeschwemmte Insel etwa 60 Kilometer vor der Küste. Neubauten wurden dort errichtet, und etwa 10 000 Menschen wurden gegen ihren Willen bereits dorthin gebracht. Fach-

leute warnen, die Insel sei von Hochwasser und Zyklonen bedroht und könne sogar ganz im Meer versinken.

Der Regierung zufolge ist die Siedlung auf Bhashan Char etwas Besonderes, nicht zuletzt dank Moscheen, Schulen und freien Flächen. Wahr ist allerdings auch, dass sie die Flüchtlinge in einem kontrollierten Gebiet fern der Grenze haben will.

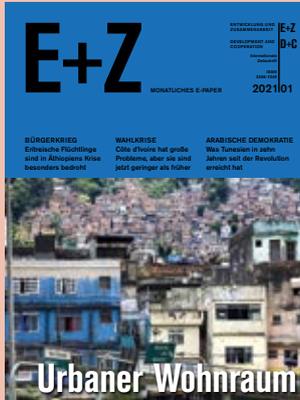
Internationale Menschenrechtsorganisationen lehnen diese Politik ab – und zwar nicht nur wegen der Umweltrisiken. Ebenso wichtig ist, dass die Flüchtlinge auf der Insel vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten sind und keinerlei Perspektiven haben. Betroffene empfinden Bhashan Char als Haftlager.

Es ist leicht, diese Politik zu beanstanden. Internationale Kritiker sollten aber bedenken, dass Bangladesch ein sehr dicht besiedeltes Land mit niedrigem mittleren Einkommen ist. Großenteils folgt es dem Beispiel der EU, die bekanntlich Flüchtlinge auf abgelegenen griechischen Inseln unterbringt, allerdings in provisorischen Camps. Auch Australien hält Flüchtlinge auf ähnliche Weise vom gesellschaftlichen Alltag fern.

GRIECHISCHE TRAGÖDIE

Voriges Jahr ging das berühmte Flüchtlingslager Moria auf Lesbos in Flammen auf.

Leserbriefe



INDISCHE ELENDVIERTEL

Rahman Abbas: „Stadt der Migranten“ in E+Z/D+C e-Paper 2021/01, Schwerpunkt, und Hans Dembowski: „Von der Utopie zur Wirklichkeit“ in E+Z/D+C e-Paper 2021/03, Debatte

Der Artikel von Rahman Abbas hat mich als Inder stolz gemacht. Der Autor stammt aus einer des Lesens kaum

mächtigen muslimischen Familie und wuchs in einem Slum von Mumbai auf. Der Name des dortigen Slums Dharavi steht mittlerweile für urbane Elendsiedlungen in unserem Land. Es ermutigt, dass jemand wie er nun ein anerkannter Schriftsteller ist.

Ich bin Hindu und lebe mit meiner Frau und der Familie meiner Tochter in der südindischen Stadt Chennai (früher Madras), dem Zentrum des viertgrößten indischen Ballungsraums mit mehr als 13 Millionen Menschen. Auch hier gibt es unbeschreibliche Slums. Ich sehe sie oft und bin deprimiert. Im Gegensatz dazu hat mir der Beitrag von Rahman Abbas Freude bereitet.

Außerdem stimme ich ihrem Leitartikel zu. Es ist richtig: Umweltschutz, Gesundheit und digitale Kommunikation haben heute globale Relevanz und erfordern globale Regulierung.

Devendra K. Oza, Chennai



ERFOLGREICHE PROJEKTE, KEIN SYSTEMISCHER WANDEL

Gerd Müller: „Eine Welt ohne Hunger ist möglich“ in E+Z/D+C e-Paper 2021/02, Debatte

Gerd Müller, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wiederholt zum x-ten Mal sein Mantra: „Wir haben das Wissen und die Technologien, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen, allein mir fehlen dazu

die erforderlichen Milliarden.“ Warum ist dies nicht einmal ansatzweise in den letzten 60 Jahren gelungen, in denen schon viele Milliarden Mark, Dollar und Euro für Entwicklungsaufgaben geflossen sind, insbesondere nach Afrika?

Müller gibt seit fast acht Jahren keine Antwort auf diese simple Frage, obwohl wir doch in unserer Strategie viel falsch gemacht haben müssen. Einzelprojekte werden als erfolgreich deklariert, aber systemischer Wandel findet nicht statt. Handeln auf der Mikroebene zeitigt auf der Makroebene kaum Wirkung. Und glaubt Müller wirklich, dass sich schamlos bereichernde afrikanische Politiker und Spitzenbeamte ernsthaft eine humane und nachhaltige Entwicklung ihrer Länder anstreben?

Prof. Dr. Hans Ferdinand Illy, Merzhausen im Breisgau



Folgen Sie uns auf **Twitter!**
Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



GLOBALER FONDS

Soziale Sicherung für alle

Seit Jahren schlagen Sozialexperten die Einrichtung eines Globalen Fonds für Soziale Sicherheit vor. Diese internationale Institution sollte Länder mit geringer Wirtschaftskraft dabei unterstützen, ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit für die Bevölkerung finanzieren zu können. Die Debatte nimmt nun Fahrt auf.

Von Markus Kaltenborn und Laura Krefl

Den Vorschlag für einen Globalen Fonds für Soziale Sicherheit hat nun in der Covid-19-Krise erstmals ein wichtiger internationaler Akteur aufgegriffen: Die französische Regierung hat im September 2020 gemeinsam mit dem UN-Sonderberichterstatter zu extremer Armut und Menschenrechten ein High-Level Expert Meeting zum Thema „Establishment of a Global Fund – Social Protection for All“ veranstaltet.

Sehr wahrscheinlich wird die Schaffung einer solchen neuen Institution in diesem Jahr auch Gegenstand der Beratungen der G20, der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, und des UN-Menschenrechtsrates sein. Ziel ist die Bewältigung der Finanzierungsprobleme, vor denen einige Staaten mit niedrigem Einkommen stehen, wenn sie ihrer Bevölkerung ein Mindestmaß an sozialer Sicherung ermöglichen wollen. Dazu gehört eine Basiseinkommenssicherung und der Zugang zu essenziellen Gesundheitsleistungen.

Natürlich ist soziale Sicherung eine Aufgabe, die letztlich jedes Land selbst aus seinen eigenen Mitteln, etwa über den Steuereinkommen oder über Sozialversicherungssysteme, bestreiten muss. Einige Staaten sind hierzu jedoch aufgrund ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation – jedenfalls kurz- oder mittelfristig – schlicht nicht in der Lage.

Die internationale Gemeinschaft unterstützt zwar Regierungen dieser Staaten schon jetzt technisch beim Aufbau notwendiger administrativer Strukturen für soziale Sicherungssysteme. Was hingegen oftmals fehlt, sind die Mittel für eine stabile Finanzierung der Programme. Die Menschen,

die in den ärmsten Ländern der Welt leben, können aber nicht warten, bis es gelingt, genügend heimische Ressourcen zu mobilisieren. Sie benötigen die Absicherung jetzt.

Bereits vor der Covid-19-Krise hatte die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) dargestellt, wie groß die Lücken in der sozialen Sicherung weltweit noch sind (ILO, 2017). Mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung (etwa 5,2 Milliarden Menschen) haben nur einen eingeschränkten oder gar keinen Zugang zu sozialer Basissicherung. Durch die

delt es sich dabei doch zumeist nur um zeitlich befristete Maßnahmen.

Ein Globaler Fonds für Soziale Sicherheit könnte einen Beitrag dazu leisten, dass Niedrigeinkommensländer auch langfristig in die Lage versetzt werden, Programme zur sozialen Sicherung für ihre Bevölkerung zu finanzieren und so die weitere Ausbreitung extremer Armut zu verhindern.

MANDAT UND ORGANISATIONSSTRUKTUREN

Noch ist unklar, wie gut die Chancen stehen, dass es in absehbarer Zeit tatsächlich zur Gründung eines solchen Fonds kommt – und falls er eingerichtet wird, wie sein konkretes Aufgabenprofil aussehen könnte. Ein vor kurzem von der Global Coalition for Social Protection Floors, einem internationalen zivilgesellschaftlichen Bündnis,



Eine allgemeine Gesundheitsvorsorge gehört zur sozialen Grundsicherung: Gesundheitszentrum für Kinder im Senegal.

Pandemie ist nun überdeutlich geworden, wie wichtig es ist, dass Staaten über funktionstfähige und solide finanzierte Sozialsysteme verfügen. So werden zahlreichen Menschen etwa durch die Lockdown-Maßnahmen die Grundlagen für ihr Einkommen genommen. Auch wenn im vergangenen Jahr in vielen Ländern die soziale Sicherung aufgestockt und auch einige neue Schutzmechanismen entwickelt worden sind, han-

veröffentlichter Aufruf zur Gründung eines solchen Fonds enthält hierzu einige Vorschläge: Danach würde seine Kernaufgabe in der vorübergehenden Kofinanzierung von Basissicherungssystemen bestehen, sofern Niedrigeinkommensländer hierfür nicht genug Steuereinnahmen bekämen oder aber auch wenn Länder in Krisensituationen (z.B. bei Naturkatastrophen oder in Wirtschaftskrisen) mit der Finanzierung

dieser Basissicherung zeitweilig überfordert sind.

Nach diesem Vorschlag wären auch Maßnahmen zur Verbesserung der inländischen Ressourcenmobilisierung vom Mandat mitumfasst. Wichtig ist den Organisationen, die den Aufruf unterzeichnet haben, dass die Arbeit des Fonds sich dabei an der sogenannten „Social Protection Floors“-Empfehlung der ILO orientiert. Dort ist klar gestellt, dass soziale Sicherung eine Aufgabe ist, die grundsätzlich aus eigenstaatlichen Mitteln finanziert werden muss. Internationale Hilfe kann folglich immer nur eine Übergangslösung darstellen. Außerdem sind dort auch einige wichtige inhaltliche Prinzipien aufgelistet wie etwa die Universalität und Rechtebasiertheit der Maßnahmen.

Auch organisatorische Aspekte müssen noch geklärt werden. So stellt sich unter anderem die Frage, wo der neue Fonds im Institutionengefüge der globalen Sozialpolitik konkret positioniert werden könnte. Denkbar wäre etwa ein Finanzierungsmechanismus in enger Anbindung an die ILO und die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO), die ja innerhalb der UN für die Themenfelder soziale Sicherung und Gesundheitsversorgung zuständig sind. Eine andere Variante könnte ein auf Ebene des UN-Entwicklungsprogramms (United Nations Development Programme – UNDP) oder unter dem Dach der „Universal Social Protection 2030 (USP 2030)“-Partnerschaft eingerichteter Fonds sein.

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Entscheidungsgremien des Fonds müssten den Vorgaben der Menschenrechte sowie der Global Partnership for Effective Development Co-operation (GPEDC) folgen. Die GPEDC fordert Prinzipien wie Eigenverantwortung der Partnerländer (country ownership), inklusive Partnerschaften, Transparenz und Rechenschaftspflicht ein und eine angemessene Beteiligung der Zivilgesellschaft.

NEUE GLOBALE INITIATIVEN NOTWENDIG

Viele Details eines neuen globalen Fonds sind also zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Es besteht aber kein Zweifel an dem dringenden Handlungsbedarf. Noch ist die Weltgemeinschaft weit davon entfernt, das Sustainable Development Goal 1.3 (Soziale Sicherungssysteme für alle umsetzen und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen gewährleisten) zu erreichen.

Ein auf globaler Ebene angesiedelter Finanzierungs- und Koordinierungsmechanismus könnte eine Option darstellen, die bisherigen Bemühungen internationaler Geber zur Unterstützung der Niedrigeinkommensländer beim Aufbau stabiler sozialer Sicherungssysteme zu bündeln und dadurch deutlich effektiver zu machen. Zugleich würde eine solche neu geschaffene Institution die Geber dazu motivieren, ihr finanzielles Engagement in diesem Bereich auszuweiten. Dies wäre dringend nötig.

LINKS

Global Coalition for Social Protection Floors, 2020: Civil Society Call for a Global Fund for Social Protection to respond to the COVID-19 crisis and to build a better future.

<http://www.socialprotectionfloorscoalition.org/civil-society-call/>

De Schutter, O., and Sepúlveda, M., 2012: Underwriting the Poor. A Global Fund for Social Protection. https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/20121009_GFSP_en.pdf

Oxfam International, 2020: Shelter from the Storm. The global need for universal social protection in times of COVID-19.

https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-social-protection-covid-19-151220-en_embargoed.pdf



MARKUS KALTENBORN
ist Professor für Öffentliches Recht und Direktor des Instituts für Entwicklungspolitik (IEE) der Ruhr-Universität Bochum sowie Mitglied der der Global Coalition for Social Protection Floors.

markus.kaltenborn@ruhr-uni-bochum.de



LAURA KREFT
ist Rechtsreferendarin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum.

laura.kreft@ruhr-uni-bochum.de



Werden Sie unser Fan auf Facebook!





Ein Mann besucht sein ehemaliges Heimatdorf in Fidschi. Alle Einwohner von Vunidogoloa wurden 2014 wegen Klimarisiken umgesiedelt.

KLIMAKRISE

Unbewohnbare Heimat

Ganze Gemeinden müssen Überflutungen, Dürren und anderen Folgen des Klimawandels weichen. Weitere Vertreibung ist zu erwarten. Die internationale Gemeinschaft sollte ihre Bemühungen, auf die Bedürfnisse der Klimamigranten einzugehen, besser koordinieren.

Von Michaela Schaller und Felix Ries

Menschen verlassen ihre Heimat aus unterschiedlichsten Gründen. Zentral ist die Suche nach Arbeit – und das dürfte noch wichtiger werden, weil in vielen Ländern Jobmöglichkeiten rar bleiben. Vielerorts hat Covid-19 die Probleme verschärft.

Ein weiterer, oft verwandter Grund ist der Klimawandel mit Folgen wie Dürren, Überflutungen und Extremwetterereignissen. Sie beeinträchtigen die Lebensqualität und gefährden Leben direkt. Mit dem Vorschreiten der Klimakrise wird auch Migration höchstwahrscheinlich zunehmen.

Derzeit lässt sich kaum beziffern, wie viele Menschen vom Klimawandel oder von anderen Faktoren zum Verlassen ihrer

Heimat gezwungen werden. Eine Unterscheidung ist oftmals unmöglich, denn die Klimakrise vergrößert Probleme wie Armut, demografische Entwicklung, Konflikte und Umweltzerstörung und wirkt sich daher oft indirekt auf eine Entscheidung zur Migration aus.

Fest steht, dass wetterbedingte Katastrophen im Jahr 2019 rund 24 Millionen Menschen innerhalb ihrer Länder vertrieben haben. Konflikte waren dagegen laut Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) für weitere 8,5 Millionen Binnenvertriebene die Ursache.

MIGRATION, VERTREIBUNG UND UMSIEDLUNG

Eine Weltbank-Studie von 2018 besagt, dass bis 2050 durch kontinuierlich eintretende Folgen des Klimawandels – wie dem Anstieg des Meeresspiegels oder abnehmender Verfügbarkeit von Wasser – bis zu 143 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika, Südasien und Lateinamerika innerhalb ihrer Länder migrieren werden. Subsahara-Afrika dürf-

te es am härtesten treffen – rund 90 Millionen Menschen werden nicht an ihren Wohnorten bleiben können. Laut Weltbank können jedoch entschlossene Schritte für Klimaschutz und -anpassung die Zahl der Betroffenen um 80 Prozent reduzieren. Andernfalls wird Migration angesichts globaler Erwärmung deutlich zunehmen.

Es gibt verschiedene Arten von klimabedingter menschlicher Mobilität:

- **Freiwillige Migration von Menschen**, die die Mittel haben, den Ort temporär oder dauerhaft zu wechseln. Das kann eine Antwort auf extreme Wetterereignisse sein oder auf eine graduelle Verschlechterung der Umweltbedingungen.
- **Katastrophenbedingte Vertreibung**: Unfreiwillige Abwanderung meist ganzer Gruppen in Folge von Extremwetterereignissen wie Wirbelstürmen. Auch diese kann temporär oder dauerhaft sein.
- **Geplante dauerhafte Umsiedlung ganzer Gemeinden**. Diese werden oft von staatlichen Stellen organisiert, wobei die umgesiedelten und aufnehmenden Gemeinschaften an Entscheidungen beteiligt werden müssen. Besonders relevant ist diese Politik für kleine Inseln mit geringen Höhen sowie Regionen mit niedrig gelegenen Küstenstreifen. Fidschi hat beispielsweise damit begonnen, Gemeinden umzusiedeln.

Allerdings gibt es auch Menschen, die den gefährlichen Folgen des Klimawandels

ausgesetzt sind und nicht ausweichen können. Ihnen fehlt oftmals schlicht das Geld, um wegzuziehen.

DER BLICK NACH VORNE

Die Heimat dauerhaft zu verlassen, um einer unerträglich gewordenen Umwelt zu entkommen, ist für die Betroffenen oft der letzte Ausweg. Politiker brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, um klimabedingte Migration zu adressieren:

- Zunächst ist es elementar, in Klimaschutz zu investieren, um die weitere Verschlechterung der Lebensumstände und der Ökosysteme zu verhindern,
- Anpassung an den Klimawandel zu fördern und Resilienz zu stärken und
- alle zu unterstützen, die sich trotzdem gezwungen sehen, abzuwandern.

Tatsächlich ist klimabedingte Migration eine Art der Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Klimamigranten brauchen dieselbe Unterstützung wie andere Mi-

granten. Industrieländer sollten sie anbieten – und zwar zusätzlich zu der Klimafinanzierung, zu der sie sich verpflichtet haben.

Besondere Unterstützung benötigen aber auch all die, die an gefährdeten Orten bleiben. Diese Gemeinschaften leiden nicht nur unter Klimastress. Sie werden auch durch die Abwanderung von wohlhabenden Mitgliedern beeinträchtigt. Auch Aufnahmegemeinschaften sollten unterstützt werden, denn auch sie leiden unter dem Klimawandel und geraten durch die Zuzüg-

Gute Ansatzpunkte

Der internationalen Gemeinschaft fehlt ein kohärentes politisches Rahmenwerk für den Umgang mit Klima-Migration. Allerdings gibt es ein breites Spektrum an relevanten internationalen Vereinbarungen, die Grundlagen für die Stärkung der globalen Zusammenarbeit bieten.

Eine dieser Vereinbarungen ist die Kampala Convention von 2009 (African Union Convention for the Protection and Assistance of Internally Displaced Persons in Africa). Sie erkennt Naturkatastrophen und Folgen des Klimawandels als Grund für grenzübergreifende Migration an. Freizügigkeitsabkommen von regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen wie der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) können zu einer geordneten Migration beitragen und möglicherweise sogar Migrationsgründe abschwächen.

Ein weiteres Beispiel ist die 1984 von zehn lateinamerikanischen Ländern verabschiedete Cartagena Declaration on Refugees. Auch sie erkennt Naturkatastrophen als Fluchtgrund an, gewährt Klima-Migranten jedoch keinen Flüchtlingsstatus. Ein internationaler

Mechanismus, der dieser Art von Flüchtlingen „Klima-Pässe“ ausstellt, könnte diesen Mangel beheben.

Auch auf globaler Ebene gibt es ein Grundgerüst. Das unter der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) getroffene Pariser Abkommen von 2015 hat das Ziel, die globale Erwärmung auf maximal zwei Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius über die Temperaturen vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Es beschreibt auch, wie das erreicht werden soll.

2013 verabschiedete der Klimagipfel der UNFCCC den sogenannten Loss-and-Damage-Mechanismus (Warsaw International Mechanism for Loss and Damage Associated with Climate Change Impacts). Eine Arbeitsgruppe soll einen integrierten Ansatz für Klima-Migration empfehlen.

Auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) mit dem Motto: „Leave no one behind“ von 2015 sind ein bedeutsames internationales Rahmenwerk für den Umgang mit klimabedingter Migration.

Wichtig ist auch das Sendai Framework for Disaster Risk Reduction vom März 2015. Es ging aus Beratungen

im Rahmen der UN Office for Disaster Risk Reduction (UNISDR) hervor und hebt als oberste Verantwortung jedes Landes hervor, Katastrophenrisiken zu verhindern und zu reduzieren.

Die Plattform on Disaster Displacement (siehe Interview mit Walter Kälin im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2019/04) ist ein Nachfolger der Nansen-Initiative, einem staatlichen Programm zum Schutz von durch Katastrophen und Klimawandel grenzübergreifend vertriebener Menschen. Ziel der Plattform ist es, ihre Menschenrecht-Agenda in internationale Prozesse einzubringen.

Die Internationale Organisation für Migration der UN (IOM) hat ebenfalls zentrale Bedeutung. Sie nimmt an der Task Force Vertreibung im Loss-and-Damage-Mechanismus teil und hat ein Internetportal für Umweltmigration eingerichtet, um Informationsaustausch zu ermöglichen.

Sowohl der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) von 2018 wie auch der Globale Pakt für Flüchtlinge von 2018 zielen auf demografische und klimatische Trends. Das GCM war der erste zwischenstaatliche Pakt, der Migration in einer umfassenden und ganzheitlichen Art adressiert. MS/FR



Überflutung in Norduganda im Dezember 2019: Die Kampala-Konvention der AU erkennt an, dass Umweltkatastrophen grenzübergreifende Migration verursachen können.

ler zusätzlich unter sozio-ökonomischen Druck. Besonders aber brauchen die Migranten selbst Hilfe, um im neuen Umfeld anzukommen.

VIELVERSPRECHENDE BEISPIELE

Es gibt ermutigende Politikbeispiele. Über ihr Programm „Klimawandel und Migration“ kooperiert die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Partnern in Afrika, Asien, dem Pazifik und der Karibik, um einen besseren Umgang mit klimabedingter Migration zu finden. Das Programm unterstützt die Politik der Partnerländer auf Ebene von Weltregionen, Nationalstaaten und örtlichen Verwaltungen.

So unterstützte die GIZ etwa die Regierung von Fidschi dabei, Richtlinien zur freiwilligen und geplanten Umsiedlung von Gemeinden zu erarbeiten, die unter anderem von Überflutung bedroht sind. Die Regierung von Fidschi hat zudem einen Fonds zur Finanzierung von geplanten Umsiedlungen aufgesetzt.

AUSTAUSCH VON EXPERTENWISSEN

Um klimabedingte Migration zu bewältigen, braucht es Experten aus verschiedenen Disziplinen, darunter Fachleute für humanitäre Hilfe, Kommunalpolitiker mit einschlägiger Erfahrung und Spezialisten für die Reduzierung von Katastrophenrisiken. Fachwissen auszutauschen ist wichtig. Ebenso wichtig sind Netzwerke, um Expertenarbeit zu koordinieren. Es kommt zudem darauf an, die Rollen der Akteure innerhalb übergeordneter Governance-Strukturen zu klären. Das belegen die interdisziplinären Arbeitsgruppen, die etwa in pazifischen Inselstaaten eingerichtet wurden.

Die multidisziplinäre Zusammenarbeit von Experten und der Blick aus verschiedenen Perspektiven ist nötig, um angemessene Standardverfahren zu entwickeln. Katastrophenmanagement reagiert oft leider nur auf aktuelle Desaster. Nötig ist aber proaktives Handeln, um Klima-Migration angemessen anzugehen. Das gilt auf allen Ebenen – von privaten Haushalten über Kommunen bis hin zum Nationalstaat und darüber hinaus.

Bislang schaffen nur wenige internationale Abkommen eine rechtliche Grundlage für den koordinierten zwischenstaatlichen

und sowohl inter- als auch transdisziplinären Umgang mit Klima-Migration. Der politische Rahmen muss erweitert werden. Es gibt aber bereits gute Ansätze, denn eine ganze Reihe internationaler Vereinbarungen kann genutzt und weiterentwickelt werden (siehe Kasten, S. 18).

MENSCHENRECHTE UND GENDERGERECHTIGKEIT

Jedenfalls müssen die zuständigen Stellen sicherstellen, dass Menschenrechte und Gender-Gerechtigkeit berücksichtigt werden. Der Bedarf ist klar. Fallstudien – unter anderem aus der Pazifik-Region – zeigen, dass Frauen und andere verletzbare Bevölkerungsgruppen überproportional unter dem Klimawandel leiden.

Politiker sollten auch darauf achten, Migranten zu helfen, die vom Land in Städte ziehen. Das dichtbesiedelte und vom Klimawandel stark betroffene Bangladesch ist ein Musterbeispiel. Mit finanzieller Unterstützung von BMZ und EU berät die GIZ Akteure in Bangladesch darin, soziale Grundversorgung zu verbessern, Infrastruktur auszubauen und mehr Jobs für Migranten zu schaffen. Erfahrungsgemäß helfen Qualifizierungstrainings ihnen besonders dabei, sich an ihr neues städtisches Umfeld anzupassen.

Derartige Erkenntnisse sollten alle betroffenen Parteien austauschen. Das gilt für jegliches in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit gewonnene Wissen. Datensammlung und Erfahrungsaustausch sind essenziell für die notwendige Skalierung nützlicher Initiativen und Ansätze.

Geteilt wird Expertise derzeit über zentrale Foren wie die Weltbank-Plattform Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD). Hilfreich ist auch die Plattform für umweltbedingte Migration der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sowie die Themenseite zu Klimawandel und Migration auf adaptationcommunity.net.

WICHTIGE PARTNER

Die Zusammenarbeit verschiedener, mit Aspekten der Klima-Migration befasster Institutionen muss weiter gestärkt werden. Dazu sollten UN-Organe wie die Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die Flüchtlingsagentur (UNHCR), die Organisation für Bildung,

Wissenschaft und Kultur (UNESCO), IOM und andere gehören. Zusammenarbeit ist auch mit Geberinstitutionen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft nötig. Initiativen wie die Platform on Disaster Displacement (PDD) spielen eine wichtige Rolle dabei, den Dialog zu erleichtern und besseren Schutz von Menschen zu ermöglichen, die aufgrund von Katastrophen grenzübergreifend vertrieben wurden.

Dies reicht jedoch nicht aus. Mehr Forschung ist nötig, vor allem auf regionaler Ebene. Frühwarnsysteme sind wichtig, und Klimarisiko-Analysen müssen besser werden. Gemeinsam mit anderen hat die GIZ ein Handbuch zu Klimarisiko-Analysen veröffentlicht, um hierbei zu unterstützen.

Zudem muss menschliche Mobilität und Migration in nationale Klimaanpassungspläne und Strategien integriert werden. Es ist vielversprechend, dass die globale Gemeinschaft Klima-Migration inzwischen im Global Compact on Migration (Globaler Pakt für Migration), der PDD und besonders der UNFCCC berücksichtigt. Aber es bleibt viel zu tun. In einer sich erhellenden Welt wird nämlich auch klimabedingte Migration zunehmen.

LINKS

IDMC, 2020: Global report on internal displacement 2020.

<https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2020/>

IOM, 2018: Global compact for safe, orderly and regular migration.

<https://www.iom.int/global-compact-migration>

World Bank, 2018: Groundswell Report. Preparing for internal climate migration.

<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/29461>

GIZ, 2017: The Vulnerability Sourcebook.

https://www.adaptationcommunity.net/download/va/vulnerability-guides-manuals-reports/vuln_source_2017_EN.pdf



MICHAELA SCHALLER
ist Beraterin bei der GIZ und auf die Anpassung an den Klimawandel spezialisiert.
michaela.schaller@giz.de



FELIX RIES
ist Berater beim Globalen Programm zu Klimawandel und Migration der GIZ.
felix.ries@giz.de



Grundschüler in
Nepal.

Lesen und Schreiben

Schriftliche Kommunikation wird immer wichtiger. Wer davon ausgeschlossen ist, kann viele moderne Alltagstechniken nicht anwenden, sich nicht sorgfältig informieren, aber auch berechnete Interessen nur in höchst eingeschränktem Maße artikulieren. Jedes Kind muss deshalb lesen und schreiben lernen. Zur Grundbildung gehört aber noch mehr, denn die meisten Texte sind nicht komplett selbsterklärend. Echte Lese- und Schreibkompetenz gibt es nur mit Grundkenntnissen der Zusammenhänge, in denen Schrift verwendet wird. Ohne sie sind weder Geschlechtergerechtigkeit noch soziale Gerechtigkeit denkbar.



Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem 4. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): hochwertige Bildung. Er hat direkte Bezüge zu weiteren SDGs, wie etwa Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5), menschenwürdige Arbeit (SDG 8) oder weniger Ungleichheiten (SDG 10).

BILDUNG FÜR FLÜCHTLINGE

Recht auf Schulbildung

Schulbildung von Kindern und Alphabetisierung Erwachsener sind Grundrechte Geflüchteter. Sie werden oft missachtet. Verantwortliche in Flüchtlingslagern und internationale Geber mehr Geld in Bildung stecken.

Von Qaabata Boru

Bildung ist ein Menschenrecht, festgeschrieben in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Es ist zentral in der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten der UN von 2016. Chancengleiche, hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen ist auch das vierte Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG).

Unabhängig von solchen Erklärungen stimmen politische Entscheidungsträger darin überein, dass nicht nur Individuen, sondern die ganze Gesellschaft profitiert, wenn Flüchtlingen elementare, weiterführende, universitäre und lebenslange Bildung zuteil wird. Denn diese hilft, in ein normales Leben zurückzufinden und staatsbürgerliche Kompetenz auszubilden. Bildung verhindert Radikalisierung, ist Voraussetzung für Integration und hilft, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, wie weit die Realität hinter den Ansprüchen zurückbleibt. In der Regel erhalten Flüchtlinge nicht einmal elementare Bildung. Oder sie wird unter Umständen angeboten, die Lernen unmöglich macht. Bildung für Flüchtlinge ist unterfinanziert. Eine Kindergeneration wird zurückgelassen und Millionen Erwachsener können ihre eigenen Lebensumstände nicht verbessern.

Die Daten des UNHCR sind eindeutig. Laut Bildungsbericht von 2020 „Coming together for refugee education“ stehen 19,9 Millionen Flüchtlinge unter dem Schutz des UN-Flüchtlingskommissariats, 7,4 Millionen davon sind schulpflichtige Kinder. Über die Hälfte von ihnen, 4 Millionen, können keine Schule besuchen.

Die Bericht des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR zeigt: Je älter ein Kind oder Jugendlicher auf der Flucht ist, desto unwahrscheinlicher ist seine Teilnahme an Bildungsprogrammen. Am geringsten ist die Partizipation von Flüchtlingen an Hochschulbildung und Alphabetisierungsprogrammen für Erwachsene. Grund sind fehlende Gelder.

Das ist fatal. „In Schulen wird Flüchtlingen eine zweite Chance gegeben“, sagt

UNHCR-Hochkommissar Filippo Grandi. „Wir lassen sie zurück, wenn wir ihnen keine Möglichkeit geben, ihr Wissen und ihre Fertigkeiten zu erweitern und damit die Grundlagen, in ihre Zukunft zu investieren.“

Diese Vernachlässigung zeigt bereits Folgen. Das Bildungsniveau von Flüchtlingskindern bleibt Jahre hinter dem ihrer Altersgruppen zurück. Frustrierte Jugendliche, die zu lange in Camps leben, verlieren jede Hoffnung auf Perspektiven. Das führt in einigen Fällen zu Drogenkonsum, Kriminalität und dem Anschluss an bewaffnete Milizen. Aus jungen Flüchtlingen aus den Lagern Kakuma und Dadaab in Kenia wurden Milizionäre, die in Somalia und Südsudan kämpften.

BESORGNISERREGENDE QUALITÄT

Die Ausstattung von Grund- und weiterführenden Schulen in Flüchtlingslagern ist enorm beschränkt. Lehrer sind kaum ausgebildet und schlecht bezahlt. Es mangelt an Disziplin, auch wegen der unzureichenden Qualifikation der Lehrenden. Die schlechte Qualität des Unterrichts frustriert Schüler. Sie kommen und gehen, wann sie wollen. Das ist selbst in freiwilligen Alphabetisierungskursen für Erwachsene so.

„Erwachsene Lernende tauchen im Unterricht auf, wenn sie Zeit haben, ihre Teilnahme ist inkonsistent. Das macht das aufbauende Lernen in einer Gruppe enorm schwer“, sagt Yasin Mohamed, der in der Erwachsenenbildung tätig ist und im Flüchtlingslager Kakuma arbeitete.

Auch Unterricht für Kinder findet unter erschwerten Bedingungen statt. Uganda hat 1,4 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Im Land gibt es 11 Flüchtlingslager. Lehrer oder Lehrerinnen stehen dort normalerweise frontal vor der Klasse. Sie zeigen an der Tafel mit Kreide, wie man schreibt. Doch Schülern fehlen Stifte und Hefte, um es nachzumachen. Auch Bücher sind rar.

Im sich ausbreitenden Bidi Bidi Camp im Norden Ugandas leben mehr als 285 000 Flüchtlinge. Die meisten sind Frauen und Kinder, die vor dem Bürgerkrieg im Südsudan flohen. Die Schulen hier sind überfüllt und unterfinanziert. Um sie zu erreichen, müssen Schüler weite Wege gehen.

Konga Mouch, Lehrer in einem der Camps in Uganda, bezeichnet die Zustände dort als die schlimmsten, die er je erlebt hat. „Die Kinder sitzen auf dem Boden unter



Grundschul Kinder im libanesischen Flüchtlingslager Jusoor.

einer provisorischen Überdachung. Das ist unser Klassenzimmer“, sagt er. „Es gibt zu wenig Toiletten.“ Das führe dazu, dass viele Mädchen wegbleiben, sobald sie ihre Periode haben.

Überfüllung ist ein besonderes Problem in den Schulen libanesischer Flüchtlingslager. Der Libanon hat Schätzungen zufolge 1,5 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Fast die Hälfte davon sind Kinder. Die meisten von ihnen sind noch nie zur Schule gegangen, andere haben jahrelang keine mehr besucht. In den Lagern finden sich kaum welche.

Dort, wo es Schulen gibt, fehlen geeignete Unterrichtsmaterialien. „Wir versuchen Schüler zu unterrichten und auch über den Libanon zu informieren, aber ohne die üblichen Lehrbücher“, sagt Suha Tutunji, Leiterin des Flüchtlingsbildungsprogramms im libanesischen Jusoor Camp. „Wir mussten andere Methoden finden.“ In Jusoor wird versucht, die Flüchtlingskinder in libanesischen Schulen zu integrieren. Doch ohne ausreichende Finanzierung kann dieses sinnvolle Ziel kaum erreicht werden.

Gibt eine verantwortliche Camp-Verwaltung mehr Geld für Bildung aus, geht das Risiko ein, dass für Lebensmittel, Medikamente oder andere Grundbedürfnisse weniger zur Verfügung steht. Dennoch bringen einige Flüchtlingslager innovative Ansätze hervor, die Bildung trotz beschränkter Mittel ermöglichen (siehe Kasten unten).

Ermutigend ist, dass Flüchtlinge in einigen Siedlungen selbst die Initiative ergreifen, um die Bildungslücken zu schließen. So haben in Cox's Bazar in Bangladesch Rohin-



Erwachsenenbildung im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia

gya, die aus Myanmar flohen, ihr eigenes Alphabetisierungsprogramm gestartet. Dort unterrichten Lehrer, die selbst flüchten mussten. Sie arbeiten ehrenamtlich oder gegen geringe Spenden. Ein anders, umfangreicheres Programm, in dem etwa 400 000 Schulkinder in 400 Lernzentren in Cox's Bazar unterrichtet werden, wird vom UN-Kinderhilfswerk UNICEF und internationalen Gebern finanziert.

Auch in Kenias Flüchtlingslager Kakuma startete eine Selbsthilfe-Initiative. Mit Spenden richteten Flüchtlinge Bildungszentren für Erwachsene ein, die über Computerarbeitsplätze mit Internetanschluss verfügen. Das UNHCR, das das Lager betreibt, hat im vergangenen Jahr die finanzielle Unterstützung für das Projekt erhöht und zusätzliche Internetcafés eröffnet. Auf diese Weise können Flüchtlinge Kompetenz im Umgang mit Informationstechnologien erlangen.

Solche Initiativen sind vielversprechend. Sie weisen auf einen neuen Ansatz, bei dem der Fokus nicht mehr nur darauf liegt, die täglichen, physischen Grundbe-

dürfnisse von Flüchtlingen zu erfüllen. Vielmehr werden diese in ihrer psychosozialen Entwicklung und beim Erlernen neuer Fertigkeiten unterstützt. Denn das ermächtigt sie, sich selbst zu helfen. Innovative Selbsthilfeprojekte sind kein Ersatz für eine angemessene Finanzierung systematischer Bildungsprogramme. Doch sie zeigen den Weg zu besseren Resultaten bei der Bildung von Millionen von Flüchtlingen.

LINK

UNHCR, 2020: Coming together for refugee education.

<https://www.unhcr.org/education.html>



QAABATA BORU

ist äthiopischer Journalist und hat selbst im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia gelebt. Er ist Gründer und Chefredakteur

von Kakuma News Reflector (Kanere), einer von Flüchtlingen gemachten Online-Zeitung.

kakuma.news@gmail.com

<https://kanere.org/>

Finanzierungslücken füllen

Aufgrund von Unterfinanzierung können in vielen Flüchtlingslagern weder gute Schulbildung noch Alphabetisierungskurse für Erwachsene angeboten werden. Einige von ihnen schaffen dennoch Bildungsoptionen.

„School-in-a-Box“ ist eine Initiative des UN-Kinderhilfswerks UNICEF. Aus Zentren in

Dubai, Panama und China wird Lehr- und Lernmaterial innerhalb von 48 Stunden weltweit verschickt. Laut der gemeinnützigen Organisation Unite for Sight konnten „Millionen von Kindern und Flüchtlingen weltweit mit Materialkisten von School-in-a-Box unterrichtet werden.“

Innovativ ist auch Sambias „Book Bus“, betrieben von

einer internationalen, regierungsunabhängigen Organisation. In Sambia, Malawi und Ecuador bringt der Bücherbus Kindern und Lehrern Bücher und Lesestoff. Der Bücherbus ist keine Flüchtlingsinitiative als solche, doch er hilft auch schlecht ausgestatteten Flüchtlingslagern. Im sambischen Meheba Camp hat er jede Schule angesteuert. Geschichten wurden vorgelesen und Lehrer bei der Planung von Unterrichtsstunden unterstützt.

Eine dritte Initiative entstand in Uganda, wo die regierungsunabhängige Organisation Finnish Refugee Council (FRC) Lese- und Schreibtraining für Erwachsene sowie Englischkurse anbot. 2019 sagte Massimo Lanciotti von FRC, dass seine Organisation die einzige NGO sei, die diese Art von Hilfe anbiete. Er befürwortete, dass die UN in vier Bezirken im Norden Ugandas ein Alphabetisierungsprogramm für Frauen aus dem Südsudan gestartet hat. QB

MEDIENKOMPETENZ

Hürden für Lügenpropaganda

In einer Demokratie müssen Staatsbürger nicht nur Zugang zu zuverlässigen Informationen haben, sie müssen sie auch als solche erkennen können. Medienkompetenz sollte in Schulen vermittelt werden.

Von Ronald Ssegujja Ssekandi

Demokratien brauchen freie Medien, denen staatliche Stellen Auskunft geben müssen. Für gute Amtsführung ist das ähnlich wichtig wie eine unabhängige Justiz. Beides muss funktionieren, und obendrein sollte die Bürgerschaft die Qualität in beiden Fällen beurteilen können.

Medienkompetenz bedeutet, zu verstehen, wie Medien operieren und wie sie im öffentlichen Diskurs eingesetzt werden. Auch Kenntnisse der Medienproduktion gehören dazu. Der englische Fachbegriff ist „media and information literacy“ (MIL).

Medienkompetente Menschen können Anzeigen von redaktionellem Inhalt unterscheiden, sollten aber auch dessen Qualität beurteilen können. Zu den Kriterien gehört, ob Quellen genannt werden, ob mehrere Stimmen zu Wort kommen und ob vorurteilsfrei Fakten berichtet werden. Nachrichten und Meinungsbeiträge sollten voneinander unterschieden werden. Logisch inkonsistente Beiträge verdienen kein Vertrauen. Oft ist es auch sinnvoll, zu prüfen, wem eine Medienmarke gehört und wer für den Inhalt verantwortlich ist. In demokratisch regierten Ländern verpflichten Gesetze und Konventionen dazu, entsprechende Informationen im Impressum zu veröffentlichen (siehe S.9 in diesem e-Paper).

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat 2020 eine Studie über Fake-News-Propaganda und arabische Jugendliche veröffentlicht. Ein Ergebnis war, dass mehr Medienkompetenz helfen würde, Nachrichten richtig zu interpretieren, was wiederum für das politische Engagement der Rezipienten wichtig wäre.

Das Autorenpaar stellte fest, dass junge Menschen in den Vereinigten Arabischen Emiraten sehr unterschiedliche Plattfor-

men nutzen, oft aber nur sehr geringe Medienkompetenz haben. Viele waren nicht in der Lage, Informationen, die sie im Internet, in der Presse oder anderswo fanden, zu analysieren oder auch nur in Frage zu stellen. Das ist in vielen Ländern kaum anders, selbst in fortgeschrittenen Nationen nicht. Die KAS-Studie empfiehlt deshalb, Medienkompetenz in Schulen zu unterrichten.

UGANDISCHE PERSPEKTIVE

Auch Prossy Kawala findet, dass Medienkompetenz wegen Lügenpropaganda immer wichtiger wird – und dass ein Grundverständnis digitaler Kommunikation dazugehört. Die Mitgründerin des zivilgesellschaftlichen Centre for Media Literacy and Community Development (CEMCO) urteilt, Ugandas Schulen behandelten das Thema nicht – mit Ausnahme einiger Privatinstitutionen.

Für Kawala gehört Medienkompetenz auf den Lehrplan, denn wenn Teenager gut unterrichtet würden, hätte das auch Auswirkungen auf ihre Familien und deren Umfeld. So könne die Medienkompetenz der Gesellschaft insgesamt gefördert werden. Kawala fände es gut, wenn sich am Thema interessierte Organisationen zu

einem Bündnis zusammenschließen würden. CEMCOD kooperiert mit sechs lokalen Radiostationen, um Menschen medienkompetent zu machen. Aus ihrer Sicht sollten Medienunternehmen selbst darauf dringen, dass das Thema in Schulen behandelt wird.

Tatsächlich interessieren sich diverse zivilgesellschaftliche Gruppen für Medienkompetenz. Dazu gehören allein in Uganda laut Kawala das African Centre for Media Excellence, Reality Check Uganda, die Media Challenge Initiative und die Uganda Media Women's Association.

Ähnliche Initiativen gibt es in vielen Ländern, und verschiedene Entwicklungsagenturen sind ihrerseits involviert. Die Deutsche Welle Akademie bietet auf ihrer Website sogar für Trainer eine englische Broschüre mit Lehrmaterial zum Thema an.

LINKS

Centre for Media Literacy and Community Development (CEMCO):

<https://www.cemcod.org/>

Deutsche Welle Akademie, 2019: Media and information literacy – A practical guidebook for trainers (third edition).

<https://www.dw.com/en/media-and-information-literacy-a-practical-guidebook-for-trainers-third-edition/a-42423367>

Konrad Adenauer Stiftung, 2020: Media and information literacy among millennials and generation Z in the Arab world.

<https://www.kas.de/en/web/rpg/single-title/-/content/media-and-information-literacy-among-millennials-and-generation-z-in-the-arab-world-2>



Zeitungsstand in Kampala 2016.

ERZIEHUNGSMETHODEN

Schlimme Folgen von Schultgewalt

Körperliche Bestrafung an Schulen ist in vielen Weltregionen noch weit verbreitet. Die Konsequenzen sind verheerend. Kinder, die Gewalt von Lehrern (und Eltern) erleben, entwickeln nicht selten emotionale Probleme und Verhaltensauffälligkeiten. Die psychische Belastung beeinflusst häufig auch ihre kognitiven Fähigkeiten und Schulleistungen negativ. Es muss im Interesse der Staaten liegen, diese archaische Erziehungsmethode zu beenden.

Von Laura Hinze

Trotz international festgehaltener Ziele zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder ist laut der globalen Initiative „End All Corporal Punishment“ physische Bestrafung zu Hause derzeit in 139 Ländern legal, in der Schule in 67 Ländern. Am höchsten sind die Zahlen in Südostasien und Afrika, wo physische Bestrafung in Schulen in vielen Staaten sowohl legal als auch gesellschaftlich akzeptiert ist.

Seit acht Jahren widmet sich ein Team um den Psychologen Tobias Hecker von der Universität Bielefeld der Erforschung und Prävention von Gewalt in der Erziehung von Kindern im östlichen Afrika, unter anderem in Tansania. Die Wissenschaftler haben in einer Studie Schüler, Eltern und Lehrer an tansanischen Grundschulen befragt. 96 Prozent der Lehrer berichteten, im vorangegangenen Monat der Befragung mindestens eine Form von körperlicher oder emotionaler Gewalt gegen Schüler angewandt zu haben.

Am häufigsten gaben sie an, Schülern mit Gewalt zu drohen. Jeder fünfte Lehrer tat dies mehr als 20 Mal im Monat. Sie gaben auch an, die Schüler häufig anzuschreien und sie mit einem Lineal, Stock oder Ähnlichem auf das Gesäß oder auf Arme, Beine oder Hände zu schlagen. Passend zu den Angaben der Lehrer, berichteten 95 Prozent der Schüler, einmal im Monat mindestens eine Art von Gewalt durch Lehrer erfahren zu haben.

Die Studien der vergangenen Jahre konnten zeigen, dass die erlebte Gewalt in direktem Zusammenhang mit psychischen

Problemen der Kinder steht. Je mehr Gewalt Kinder durch Lehrer und die Eltern erleben, desto eher zeigen sie emotionale Probleme (Depressionen oder sozialen Rückzug) und Verhaltensauffälligkeiten (Aggressivität oder Hyperaktivität). Durch die psychische Belastung können sich Schüler schlechter konzentrieren und den Stoff lernen.

Kinder, die Gewalt erleben, sind meist kognitiv weniger leistungsfähig. Dies zeigt sich etwa durch schlechtere Schulnoten. Während Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Kinder gesellschaftlich weniger Gehör finden, stoßen Erkenntnisse über die Folgen für die schulischen Leistungen auf großes Interesse sowohl von Lehrern als auch Eltern. Kinder vor Gewalt zu schützen ist nicht nur für ihre eigene gesunde Entwicklung dringend notwendig, sondern auch, um die Wirtschaft in einkommensschwachen Ländern wie Tansania nicht zusätzlich zu belasten. So untersuchte Plan International anhand einer Studie die wirtschaftlichen Folgen von Gewalt gegen

Kinder am Beispiel von Indien: Die Kosten, die der Gesellschaft durch Schulabgänge aufgrund von Schultgewalt entstehen, wurden auf etwa 1,5 bis 7,5 Milliarden US-Dollar jährlich geschätzt.

Mit Blick auf die verheerenden Konsequenzen – emotional, kognitiv, aber auch wirtschaftlich und gesellschaftlich – stellt sich die Frage, warum Lehrer Schüler körperlich und seelisch bestrafen, um sie zu disziplinieren. Auch dieser Frage geht das Forschungsprojekt von Tobias Hecker nach und fand heraus, dass die Einstellung der Lehrer gegenüber Gewalt in der Erziehung dabei eine wichtige Rolle spielt.

Eine zustimmende und akzeptierende Haltung gegen Gewalt kann unter anderem durch eigene Erfahrungen in der Kindheit erklärt werden. Die Lehrer haben es ihrerseits oft nicht anders erlebt und sind in einem gesellschaftlichen Umfeld aufgewachsen, in dem körperliche Bestrafung als normal gilt. Ein Teilnehmer der Studie berichtet: „Darüber nachzudenken, wie ich die Prügel von meinen Lehrern erlebt habe, wie ich mich gefühlt habe und was ich gedacht habe, das hat etwas verändert. Wenn ich mir jetzt vorstelle, dass ich einen Schüler verprügele, dann kommen gleich meine Wut, meine Verzweiflung, mein Hass hoch, die ich empfunden habe, als mein Lehrer mich verprügelt hat.“



Körperliche Züchtigung und Erniedrigung gehören in vielen Ländern noch zu den schulischen Erziehungsmaßnahmen wie hier in Benin.

Es spielen aber auch konkrete Überzeugungen und Mythen zu physischer Bestrafung eine wichtige Rolle. Viele Lehrer glauben, dass andere Erziehungsstrategien weniger effektiv sind. Sie bringen körperliche Bestrafung mit dem Erlernen von Respekt und der Bildung des Charakters in Zusammenhang. Es herrscht auch die Auffassung, dass einige Kinder mit anderen Methoden nicht zu kontrollieren seien. Zudem sind Lehrer mit Klassen von bis zu 200 Schülern, mangelnden Unterrichtsmaterialien und einem Haushaltseinkommen von meist weniger als 220 Dollar monatlich (mit durchschnittlich 5 Personen pro Haushalt) großem Stress ausgesetzt. Verschiedene Studien konnten zeigen, dass Stress zu höherer Aggressivität führt und dass Lehrer mit höherem Stress mehr Gewalt gegen Schüler anwenden.

GEWALTFREIE ERZIEHUNG LERNEN

Das Forschungsteam von Hecker hat zusammen mit afrikanischen Wissenschaftlern ein Trainingsprogramm für Lehrer entwickelt, das bei den Ursachen für den Einsatz gewalttätiger Bestrafung ansetzt (siehe Kasten unten). Interaction Competencies for Children for Teachers (ICC-T) ist ein einwöchiger

interaktiver Workshop für 20 bis 30 Teilnehmer. Dieser vermittelt Wissen über kindliche Entwicklung, Folgen von Gewalt und alternative Erziehungsmethoden (wie Verstärkungssysteme, logische Konsequenzen oder Partizipation). Die Teilnehmer werden in einem Teil des Programms aber auch dazu angeleitet, ihre eigenen Gewalterfahrungen aus der Kindheit – sowie ihre jetzige Rolle als Ausübende von Gewalt – zu reflektieren.

Das Besondere an ICC-T ist, dass es speziell für ressourcenschwache Kontexte entwickelt wurde. Die Teilnehmer werden dazu motiviert, den Workshop aktiv mitzugestalten und sich mit den anderen intensiv auszutauschen. Auch über den Workshop hinaus sollen sich die Lehrer über soziale Medien ein Netzwerk zum Austausch aufbauen. Langfristig soll das die Wahrscheinlichkeit, dass die Teilnehmer im Alltag zu alten Gewohnheiten zurückkehren, senken. Außerdem sollen Kollegialität und Kommunikation zwischen den Lehrern gestärkt und damit die Arbeitsatmosphäre verbessert werden.

Bislang wurde ICC-T im Rahmen von drei Studien an 17 Schulen durchgeführt. Teilnehmende Schulen waren Grund- und Sekundarschulen aus urbanen und ländlichen Regionen in Tansania und Uganda. Das

Interesse der Lehrer an dem Workshop war groß, die Teilnehmer überwiegend sehr motiviert. Die ersten beiden Studien, in denen das Programm an weiterführenden Schulen in Tansania und Uganda durchgeführt und auf seine Wirksamkeit hin überprüft wurde, lieferten vielversprechende Ergebnisse. Die teilnehmenden Lehrer berichteten, dass sich ihre Einstellungen zu Gewalt verändert habe, und gaben an, weniger physische und emotionale Gewalt gegenüber ihren Schülern anzuwenden. Ein Teilnehmer berichtet: „Ich habe vorher nie darüber nachgedacht, was meine Schüler dabei empfinden. Es fühlt sich für mich aber nicht gut an, wenn ich nun weiß, dass sie mich hassen, dass sie auf Rache sinnen, dass sie mich nur noch fürchten und nicht mehr achten. Der Gedanke ist schrecklich, und das ist nie und nimmer das, was ich wollte.“



LAURA HINZE
war für ihre Masterarbeit im Fach Psychologie an der Durchführung der Studie von Tobias Hecker beteiligt.

Aktuell arbeitet sie als klinische Psychologin in einer psychiatrischen Akutklinik.
mail@laurahinze.de

Gewalt von Lehrern verhindern

Für die Prävention von Gewalt an Schulen in einkommensschwachen Ländern hat ein Forscherteam der Universität Bielefeld zusammen mit Wissenschaftlern aus Tansania ein Trainingsprogramm für Lehrer entwickelt, das Interaction Competencies for Children for Teachers (ICC-T). Das ist ein interaktiver Workshop, in dem folgende Methoden angewandt werden:

- **Vermittlung von Wissen:** In der Lehrerausbildung wird in vielen Ländern die psychische Entwicklung von Kindern zu wenig thematisiert. Es fehlt an Wissen, dass Gewalt Kindern schaden kann. Viele

Lehrer wollen nur das Beste für ihre Schüler, sind sich

aber nicht bewusst, dass sie durch körperliche und erniedrigende Bestrafung oft das Gegenteil erreichen. Außerdem fehlt oft das Wissen, dass es Alternativen gibt. Neues

Wissen schafft die Voraussetzung, dass Lehrer zu anderen Methoden als dem Rohrstock greifen.

- **Praktische Übungen:** Einige gewaltfreie Methoden waren den Lehrern schon vor dem Workshop bekannt, aber sie haben sie nie angewendet. Erst durch das praktische Üben bekamen die Lehrer den Mut und das Selbstvertrauen, diese später auch in ihrem Alltag anzuwenden.

- **Reflexion der eigenen Gewalterfahrungen:** Viele Lehrer machen sich keine Gedanken, wie es sich für die Schüler anfühlt und was es auslöst, Gewalt zu erleben. Durch Selbstreflexion gelingt es, die Wirkung von Gewalt erlebbar zu machen und die Lehrer zum Umdenken zu bewegen.



Gewalt im Klassenraum kommt zu häufig vor: Schule in Uganda.

HOMESCHOOLING

Praktische Lösung

Trueman Hama ist ein Oberstufenschüler an einer der besten High Schools in Harare, Simbabwe. Er hat einen WhatsApp-Chatbot mitentwickelt, der Schüler und Lehrer beim Homeschooling unterstützt. Dies soll die Auswirkungen der Schulschließungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie abmildern.

Von Farai Shawn Matiashe

Simbabwes Schulen wurden im März 2020 geschlossen, als das Land den ersten Todesfall verzeichnete. Damals verhängte die Regierung einen landesweiten Lockdown, um die Ausbreitung der Covid-19-Pandemie zu verlangsamen. Nachdem die Coronavirus-Fälle im Oktober eingedämmt waren, öffnete die Regierung die Schulen schrittweise wieder. Im Januar machte sie dies angesichts steigender Fallzahlen jedoch wieder rückgängig.

Einige Schulen haben seitdem als Alternative das Online-Lernen eingeführt. Doch nicht jeder Schüler ist in der Lage, am Unterricht auf digitalen Plattformen teilzunehmen. Die meisten Eltern können es sich nicht leisten, Internetdaten zu kaufen, und viele Schüler haben keine Laptops. Ein Grund dafür ist, dass Simbabwe die

schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten durchlebt. Hyperinflation verschärft die Armut.

In diesem Umfeld kam Hama auf die Idee, einen WhatsApp-Bot zu entwickeln, der sowohl Schülern als auch Lehrern Unterrichtsmaterial digital zur Verfügung stellt. Ein Bot ist ein Computerprogramm, das sich wiederholende Aufgaben weitgehend automatisch ausführt. Beispiele für Bots sind Web-Crawler von Internet-Suchmaschinen. Sie besuchen automatisch Websites, folgen den vorhandenen Links und werten den Inhalt der Seiten aus.

Hama nahm an einem Wissenschaftswettbewerb teil und gewann 1000 Dollar an Fördergeld. Danach wandte der Schüler sich an die UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), um Unterstützung zu erhalten. Die UNESCO stellte einen professionellen Entwickler ein, der Hama half, seinen Traum zu verwirklichen. Der Bot heißt „Dzidzo Paden|Imfundwe'ndlini“, was so viel bedeutet wie „bequem zu Hause lernen“.

Im Chatbot finden sich Lehrmaterialien wie Muster-Prüfungsaufgaben und Bewertungsschemata. Dies hilft den Schülern, sich auf Prüfungen in der Primar- und Sekundarstufe vorzubereiten. Der Dienst ist

einfach zu bedienen und kann nach Schätzung der UNESCO potenziell 5,2 Millionen WhatsApp-Nutzer in Simbabwe erreichen. WhatsApp ist die am meisten verbreitete Smartphone-Messaging-Plattform im Land. Einer ihrer Vorteile ist, dass sie nicht ständig eine Internetverbindung benötigt. Laut Hama ist der Chatbot besser zugänglich als normale Online-Kurse.

Der Schüler sagt, dass der Chatbot derzeit von über 25 000 Menschen in Simbabwe genutzt wird. Er hofft, dass die Zahl bis Ende des Jahres auf mindestens 100 000 ansteigt.

Der UNESCO-Regionaldirektor für das südliche Afrika, Hubert Gijzen, meint, dass die digitale Technologie eine einzigartige Möglichkeit bietet, Bildungs- und Wissenschaftsinformationen zu vermitteln. „Auf diese Weise können Informationen und Wissen viral gehen und sich schneller verbreiten, besonders wenn sich die Schüler auf ihre Abschlussprüfungen vorbereiten“, sagt er.

Nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks (UNICEF) haben seit Beginn der Pandemie hunderte Millionen Kinder und Jugendliche in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Zugang zu formaler Bildung verloren (siehe Claudia Isabel Rittel in unserem Covid-19-Tagebuch im E+Z/D+C e-Paper 2020/10).



FARAI SHAWN MATIASHE
ist Journalist und lebt in Mutare, Simbabwe.
matiashefarai@gmail.com
Twitter @ZuzeShawn



Die Schulen in Simbabwe wurden phasenweise wieder geöffnet, allerdings mit einer geringeren Anzahl von Schülern, so dass viele von ihnen zu Hause lernen müssen.

NATURWISSENSCHAFT

Was alle über den Treibhauseffekt wissen müssen

Die Leugnung der Klimakrise ist weit verbreitet. Wer die wissenschaftlichen Grundlagen nicht kennt, fällt leichter auf Lügenpropaganda herein.

Von Carmel McNaught

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) definiert „scientific literacy“ als die Fähigkeit, sich auf wissenschaftliche Themen einzulassen und relevante Fragen als Staatsbürger zu reflektieren. Dazu gehört, nur das, was empirisch belegt ist, als valides Wissen zu akzeptieren. Theorien müssen kritischem Denken standhalten und den Fakten entsprechen.

Die Naturwissenschaft dient dazu, die Welt um uns zu verstehen. Die Ergebnisse sind oft konterintuitiv. Individuelle Menschen könnten den Klimawandel nicht erkennen, denn dieses Phänomen ist viel zu komplex. Dennoch kann der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) zweifelsfrei festhalten: „Die Erhitzung des Klimasystems ist wissenschaftlich eindeutig belegt.“ Dem IPCC gehören führende Akademiker an; ihre Aufgabe ist es, weltweit den Forschungsstand zu erfassen und bewerten.

Tatsächlich gibt es viele Belege für den Klimawandel. Weltweit steigen die Durchschnittstemperaturen, Polareis schmilzt et cetera. Wie Klimaforscher seit Jahrzehnten warnen, kommen extreme Wetterlagen häufiger vor – und verursachen zunehmend Schäden. Die Fakten entsprechen der Theorie.

WEGE AUS DER KRISE

Positiv ist indessen, dass die Wissenschaft auch nachhaltige und ausbaubare Lösungen anbietet. Die Weltgesellschaft kann fossile Energie mit erneuerbarer ersetzen. Der Wandel zu einem klimafreundlichen

Lebensstil erfordert allerdings entschlossenes Handeln.

Aber warum begreifen nicht alle, wie dringend die Angelegenheit ist, und unterstützen entsprechende Maßnahmen? Ich sehe zwei große Hürden. Mächtige Energieunternehmen lehnen Reformen ab und haben Klimaleugnung immer wieder gefördert. Andererseits kommt ängstlichen Menschen Desinformation gut zu pass, der zufolge alles in Ordnung ist oder sie selbst zumindest keine Verantwortung tragen.

FEHLEINSCHÄTZUNGEN IN AUSTRALIEN UND DEUTSCHLAND

Ich lebe in Australien, habe aber lange in Bildungs- und Entwicklungsprojekten in Asien und Afrika gearbeitet. In meiner Heimat sagen viele fälschlich, Australiens Beitrag zur Klimakrise sei gering. 2019 urteilte aber ein Bericht von Climate Analytics: „Pro Kopf ist Australiens CO₂-Verbrauch neunmal so groß wie der Chinas, viermal so groß wie der der USA und 37-mal so groß wie der Indiens.“ Die Studie ist bekannt, hatte aber kaum Einfluss auf die öffentliche Meinung oder die Regierungspolitik.

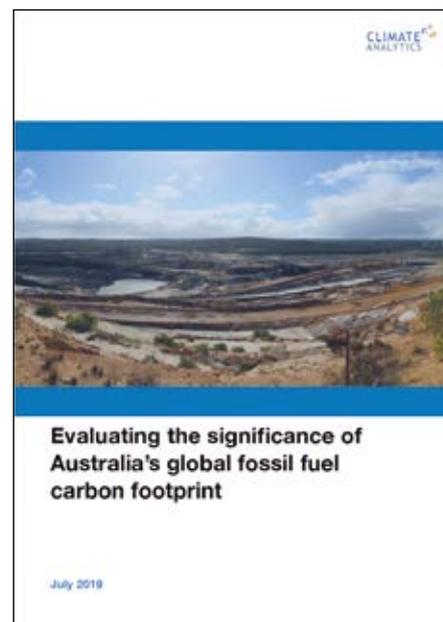
Ähnlich halten sich viele Deutsche für „Klimaweltmeister“. Tatsächlich haben aber, abgesehen von vier anderen EU-Ländern, alle einen niedrigeren CO₂-Ausstoß pro Kopf.

Was ist zu tun? Angstmacherei funktioniert nicht. Wissenschaftskennntnisse können dagegen helfen, sowohl die Probleme als auch die möglichen Lösungen zu verstehen. Wer die wissenschaftlichen Grundlagen nicht kennt, fällt eher auf Lügenpropaganda herein.

Schulen sind wichtig, um „scientific literacy“ zu fördern. Sie reichen aber offensichtlich nicht. Oft sind sie auch katastrophal unterfinanziert – besonders, aber nicht nur in Entwicklungsländern. Ich kenne Beispiele von hervorragendem

naturwissenschaftlichen Unterricht in vielen Ländern. Für erfolgreiche Klimapolitik brauchen wir aber mehr als ein paar vorbildliche Leuchttürme. Wir brauchen Flutlicht überall.

Fortschritt ist auf vielen Ebenen nötig – individuell, lokal, nationalstaatlich und weltweit. Jedes Mitglied jeder Gemeinschaft sollte die Grundlagen der Klimawissenschaft kennen. Wir müssen auf evidenzbasierten Argumenten bestehen, Informationen kritisch prüfen und Ver-



Im Internet sind forschungsbasierte Informationen frei erhältlich: Titelseite eines Australien-Berichts von Climate Analytics.

schwörungstheorien zurückweisen. Dafür ist kein Hochschulstudium nötig. Es gibt gute populärwissenschaftliche Publikationen. Zudem geben sich viele Wissenschaftler Mühe, ihre Einsichten einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. TED Talks (www.ted.com) sind Videos mit Untertiteln in vielen Sprachen, in denen Experten ihr Wissen teilen. Sie sind im Internet gratis abrufbar.



CARMEL MCNAUGHT
ist emeritierte Didaktik-
Professorin der Chinese
University of Hong Kong und
Gastprofessorin der

University of Johannesburg.
carmel.mcnaught@cuhk.edu.hk



Grundschülerinnen in der Provinz Punjab, wo die Einschulungsrate relativ hoch ist.

FRAUENRECHTE

Warum Analphabetismus Frauen unterdrückt

In vielen Ländern können weniger Frauen als Männer lesen oder schreiben. Daher bekommen sie weniger Chancen und kennen ihre Rechte nicht. Der Grund dafür ist häufig Geschlechterdiskriminierung, die sich immer fortsetzt. In Pakistan ist dieser destruktive Teufelskreis offensichtlich.

Von Sundus Saleemi

Von den 220 Millionen Pakistanern sind 49 Prozent Frauen. Dass der Anteil so niedrig ist, liegt an einer geschlechtsspezifischen Diskriminierung. Die Sterblichkeit von weiblichen Säuglingen ist höher, weil viele von ihnen vernachlässigt werden, außerdem wird über selektive Abtreibung berichtet. Viele Familien bevorzugen Söhne, nicht zuletzt, weil diese sich im Alter um ihre Eltern kümmern. Mädchen sind eine finanzielle Belastung, auch weil für sie eine

Aussteuer fällig wird, wenn sie in eine andere Familie einheiraten.

Das ist in ganz Südasien ähnlich, aber in Pakistan ist die Lage besonders hart. Die Ungleichheit ist dort laut Weltwirtschaftsforum am dritthöchsten. 2018 rangierte Pakistan auf dem Gender Gap Index (GGI) auf Platz 151 von 153 Ländern – in nur zwei Ländern sah es noch schlechter aus. Das GGI-Ranking basiert auf dem Ausmaß an Ungleichheit von Männern und Frauen hinsichtlich wirtschaftlicher Teilhabe, Bildungsstand, Gesundheitszustand und politischer Aktivität.

Die mangelhafte Bildung von Frauen resultiert aus dem niedrigen Status von Frauen und verhindert Fortschritt.

Laut einer Erhebung zur Messung des Sozial- und Lebensstandards (Pakistan Social and Living Standards Measurement Survey – PSLM) der pakistanischen Regierung

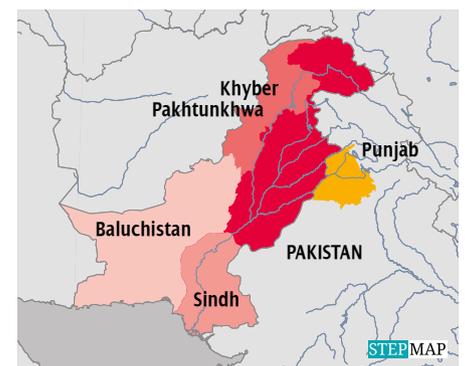
zwischen 2018 und 2019 hat nur die Hälfte aller über zehnjährigen Mädchen und Frauen in Pakistan je eine Schule besucht. Es überrascht nicht, dass die Grundbildung von Frauen weiterhin unsäglich schlecht ist. Das hat viele negative Folgen. Es vermindert zum Beispiel ihre Chancen, sich digitale Fähigkeiten anzueignen (siehe Kasten nächste Seite).

Nur die Hälfte aller über zehnjährigen Pakistanerinnen kann lesen und schreiben. Bei der jüngeren Generation sieht es kaum besser aus. Laut PSLM können 64 Prozent der Frauen zwischen 15 und 24 lesen und schreiben. Diese höhere Rate illustriert Fortschritte im städtischen Raum und in der Provinz Punjab. In Belutschistan hingegen liegt die „Jugend-Alphabetisierungsrate“ von Frauen nur bei 32 Prozent, in Khyber Pakhtunkhwa und Sindh zwischen 50 und 55 Prozent.

Dieses niedrige Bildungsniveau verhindert die Teilhabe von Frauen im formellen Arbeitsmarkt. Wegen fehlender Bildung und Fertigkeiten finden viele Frauen keine lukrativen Jobs. Die meisten Frauen, die einer bezahlten Arbeit nachgehen, müssen sich somit mit informellen, schlecht bezahlten Jobs zufriedengeben. Auf dem Land arbeiten sie meist als Tagelöhnerinnen auf Farmen, in den Städten als Haushaltshilfen.

Das so verdiente Geld reicht nicht für den eigenen Lebensunterhalt und schon gar nicht, um eine Familie allein ernähren zu können. Niedrige Einkommen bedeuten zudem, dass sie kein Geld sparen oder Vermögen aufbauen können. Somit bleiben sie abhängig von männlichen Familienmitgliedern, die meist mehr verdienen – auch, weil sie besser ausgebildet und qualifiziert sind.

Die Abhängigkeit von Männern macht Frauen verwundbar. Gewalt gegen Frauen gibt es im öffentlichen wie im privaten



Raum. Laut einer offiziellen Umfrage zu Demographie und Gesundheit (DHS) von 2017 bis 2018 haben 28 Prozent der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren körperliche Gewalt in der Familie erfahren. Auf dem Land kam häusliche Gewalt häufiger vor als in den urbanen Gebieten; und – das ist kein Zufall – am häufigsten dort, wo die meisten Frauen Analphabetinnen waren. In Belutschistan etwa waren 48 Prozent der Teilnehmerinnen betroffen, in Khyber Pakhtunkhwa 43 Prozent.

Ein Grund: Ungebildete Frauen sind zu abhängig von ihren Familien, um Männer zu verlassen, die sie misshandeln. Auch haben viele ein traditionelles Rollenverständnis. Analphabetinnen kennen ihre Rechte meist nicht – und wenn doch, haben sie nicht die Mittel, vor Gericht zu gehen.

Viele pakistanische Gesetze benachteiligen Frauen. Aber Frauen haben auch Rechte. Ein muslimischer Ehevertrag (Ni-

kah Nama), der die Rechte von Mann und Frau festlegt, muss von Braut und Bräutigam unterschrieben werden. Eine Standardklausel gibt der Frau das Recht, sich ohne Zustimmung des Mannes scheiden zu lassen. Gemäß der muslimischen Tradition hat der Mann dieses Recht immer. Die Frau hat es nur, wenn es explizit in den unterschriebenen Nikah Nama aufgenommen wurde.

Die meisten pakistanischen Frauen wissen das nicht. Die Wissenschaftlerinnen Erica Field und Kate Vyborny haben entsprechende Eheverträge untersucht. In einem noch unveröffentlichten Artikel schreiben sie, dass 75 Prozent aller Frauen in Peshawar, der Hauptstadt der Provinz Khyber Pakhtunkhwa, ihre Nikah Nama vor der Hochzeit nicht gelesen haben. Sie fanden heraus, dass in Punjab das Recht der Frau, sich scheiden zu lassen, in 35 Prozent der Nikah Namas gestrichen wurde. Analphabetismus und Unkenntnis ihrer Rechte füh-

ren ganz offensichtlich zu einem sich selbst erhaltenden Kreislauf.

Die Einschulungsrate von Mädchen zeigt, dass es mit der Alphabetisierung von Frauen nicht schnell vorangehen wird. Etwa 30 Prozent aller Kinder in Pakistan besuchen keine Schule. Mädchen gehen mit höherer Wahrscheinlichkeit gar nicht erst zur Schule oder brechen früher ab. Tatsächlich besuchen nur 51 Prozent aller Mädchen zwischen fünf und neun Jahren die Grundschule. Noch schlechter steht es um sekundäre und tertiäre Bildung. Jeder Versuch, das Leben pakistanischer Frauen substanziell zu verbessern, muss bei ihrer Alphabetisierung beginnen.



SUNDUS SALEEMI

hat kürzlich ihre Doktorarbeit an der Universität von Bonn über Alphabetisierung von Frauen eingereicht.

sundus.saleemi@gmail.com

Digitale Kompetenz würde helfen

Digitale Kompetenz bedeutet, mit digitalen Geräten wie Smartphones, Computern und dem Internet umfassend umgehen zu können. Voraussetzung dafür ist, lesen und schreiben zu können – und das ist auch die Voraussetzung dafür, Computerprogramme wie Word oder Excel nutzen zu können. Diese sind im Berufsleben gängig – sogar in vielen informellem Unternehmen. Zudem erfordert digitale Kompetenz oft auch grundlegende Englischkenntnisse.

In Pakistan sind die Hälfte aller Frauen Analphabetinnen (siehe Hauptartikel). Kein Wunder also, dass sie digitale Geräte nur sehr begrenzt nutzen. Telefonieren kann man ohne lesen oder schreiben zu müssen, aber SMS schreiben und viele andere einfache Smartphone-Anwendungen erfordern Alphabetisierung.

Laut der Pakistan Social and Living Standards Measurement Survey 2018–2019 besitzen nur 26 Prozent der über zehnjährigen Pakistanerinnen ein Mobiltelefon, nur 13 Prozent gaben an, in den vergangenen drei Monaten im Internet gewesen zu sein. Gerade einmal sechs Prozent hatten in dieser Zeit PC, Laptop oder Tablet genutzt.

Leider bleiben den meisten Pakistanerinnen die Chancen der digitalen Welt versagt. Für viele Anwendungen sind sie digital zu unerfahren und nicht ausgerüstet. Die Folgen sind gar nicht abzusehen.

Weltweit verlassen sich Regierungen auf digitale Technologien, um Dienstleistungen besser bereitzustellen und Bürgern mehr Zugang zu staatlichen Einrichtungen zu geben. In Pakistan geht das an den Frauen vorbei. Das zentrale Ausweisdokument ist der com-

puterisierte nationale Identitätsausweis (Computerized National Identity Card – CNIC). 24 Prozent aller erwachsenen Frauen haben einen solchen Ausweis offiziellen Daten zufolge nicht. Traditionelle Normen schränken viele Frauen in ihrer Mobilität ein, so dass sie nicht direkt auf die Ämter gehen können, die dieses Dokument ausstellen. Die zuständige Behörde, die National Database and Registration Authority



Nur ein Viertel der Pakistanerinnen hat ein eigenes Mobiltelefon.

(NADRA), bietet an, den CNIC online ausstellen oder verlängern zu lassen. Dazu muss eine Frau jedoch nicht nur einen Internetzugang haben und lesen und schreiben können. Sie muss auch wissen, wie man Online-Formulare ausfüllt und Bilder hochlädt. Obendrein ist die NADRA-Website auf Englisch. Links zu regionalen Sprachen oder der Landessprache Urdu bietet sie nicht.

Auch bei staatlichen Programmen zur Stärkung von Frauen besteht das gleiche Problem. Flaggschiff des pakistanischen Sozialsicherungsprogramms ist das „Ehsaas“-Programm. Es gewährt Frauen aus den ärmsten Haushalten kleine Kredite sowie unbedingte und bedingte Bargeldzuschüsse. Reichweite und Effizienz des Programms soll durch die Ehsaas-Website verbessert werden. Sie enthält Informationen über Programmstruktur, Antragsverfahren, Förderkriterien und vieles mehr – alles auf Englisch. SAL



Immer zu heiß oder zu kalt: provisorisches Klassenzimmer nach dem Erdbeben.

SCHULQUALITÄT

Große Bildungsunterschiede

Dass Nepal sozial gespalten ist, zeigt sich an seinen Schulen. Kinder auf dem Land und aus niedrigeren Kasten sind schlechter ausgebildet als jene in Städten und aus höheren Kasten. Qualität und Ressourcen der Lehrer an staatlichen Schulen sind, verglichen mit Privatschulen, schlecht. Die enormen Bildungsunterschiede sind keine gute Voraussetzung für die Zukunft Nepals.

Von Abishek Thapa

Es ist sechs Uhr morgens in Daduwa, einem abgelegenen Dorf im Bezirk Ramechhap, und der 10-jährige Laxman arbeitet bereits hart. Jeden Morgen vor der Schule, die eine Stunde zu Fuß von seinem Haus entfernt ist, melkt Laxman die Kühe, sammelt Futter für die Tiere und Brennholz für seine Familie.

Laxman gehört zur armen und marginalisierten Thami-Gemeinschaft. Thami-Männer arbeiten normalerweise in Steinbrüchen und an Ziegelöfen, Frauen in Bauernhöfen und Haushalten. Kinder arbeiten routinemäßig mit. Dies gilt im größten Teil des ländlichen Nepals, wo Kinder ab fünf Jahren Hausarbeiten erledigen, sich um jüngere Geschwister kümmern und kochen – alles vor dem Schulunterricht.

Das wirkt sich auf die Bildung aus. Etwa ein Drittel der Bevölkerung Nepals sind Analphabeten, auf dem Land und bei den Älteren sind die Raten höher. Im UN Human Development Index 2019 belegte Nepal in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Lebensstandard den 142. Platz von 189 Ländern.

Schulbesuch und Alphabetisierung haben sich in Nepal in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verbessert. Laut einem Bericht von 2014 des Borgen-Projekts, einer gemeinnützigen Organisation zur Armutsbekämpfung, stieg der Grundschulbesuch von 1971 bis 2001 von 400 000 auf 3,9 Millionen Schüler und der Sekundar-schulbesuch von 120 000 auf 1,5 Millionen Schüler. Die Alphabetisierungsrate verbesserte sich von 23 Prozent im Jahr 1981 auf 54 Prozent 2001.

Die positiven allgemeinen Trends verschleiern aber die großen Bildungsunterschiede innerhalb der Bevölkerung. Die Kluft befindet sich zwischen Kindern auf dem Land und in der Stadt, zwischen staatlichen und privaten Schulen sowie niedrigeren und höheren Kasten.

Die Bedingungen in Nepals ländlichen Schulen sind katastrophal. Laut Borgen-

Projekt zeigen Studien, dass in staatlichen Schulen kaum gelernt wird. Zudem halten sie nur wenige Prüfungen ab und bieten keine Hilfe für Schüler mit Lernschwierigkeiten.

Die Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Schulen wurde nach den Erdbeben in Nepal 2015 deutlich, bei denen fast 9000 Menschen getötet und mehr als 22000 verletzt wurden. Die Erdbeben zerstörten über 35000 Klassenzimmer in Schulen von einer Million Kindern.

Als Reaktion darauf baute die Regierung temporäre Lernzentren – provisorische Klassenzimmer aus Wellblech mit einigen Holzstützen – für die Zeit, in der die Schulgebäude repariert oder wieder aufgebaut wurden. Die Räume waren dunkel, zu heiß oder zu kalt und es regnete hinein. Lernen war fast unmöglich.

Die meisten städtischen Schulen sind inzwischen wieder aufgebaut, viele Schulen auf dem Land aber noch nicht. Letztere kämpfen generell mit schlechter Ausstattung und niedriger Lehrer-Schüler-Quote. Bei den Eltern und Gemeindevorstehern fehlt häufig das Wissen über die Zustände in den Schulen, es mangelt an Sachkenntnis der öffentlich bestellten Schulaufseher und schlechter allgemeiner Rechenschaftspflicht und Aufsicht.

Ähnlich gegensätzlich ist die Ausbildungsqualität von öffentlichen und privaten Schulen. Öffentliche Schulen sind schlechter ausgestattet. Die Zahl der voll qualifizierten Lehrer an staatlichen Schulen ist weiterhin zu niedrig. Die ungleiche Bildungsqualität von öffentlichen und privaten Schulen zeigt sich deutlich in den sehr ungleichen Leistungen ihrer Schüler bei den nationalen Abschlussprüfungen (School Leaving Certificate).

Auch die Abbrecherquote ist an staatlichen Schulen höher. Obwohl sie staatlich finanziert werden, sind sie oft auf zusätzliche Unterstützung durch die Familien angewiesen. Eltern müssen in der Regel für Bücher und Lernmaterialien, Schuluniformen sowie Aufnahme- und Prüfungsgebühren aufkommen. Deshalb nehmen viele verarmte Eltern auf dem Land ihre Kinder aus der Schule – oder ermutigen sie, freiwillig die Schule zu verlassen und stattdessen Arbeit zu finden.

Schulen spiegeln auch die ethnische Spaltung Nepals wider: Benachteiligte

Gruppen erhalten schlechte Dienstleistungen. Das Land ist in eine Vielzahl ethnischer Gruppen zersplittert, jede mit ihrer eigenen Kultur und Sprache. Außerdem ist es nach Klassen und Kasten geschichtet.

Nepal ist in hohem Maß politisch instabil und fragmentiert. Dies bestätigt ein Bericht von 2018 von World Education Services (WES), einer gemeinnützigen Gruppe, die Zeugnisbewertungen für internationale Studenten anbietet. „Die nepalesische Gesellschaft ist immer noch weitgehend landwirtschaftlich geprägt und stark stratifiziert, wobei die Hindu-Eliten der oberen Kaste eine multikulturelle Gesellschaft mit 125 ethnischen Gruppen/Kasten, die 123 Sprachen sprechen, dominieren“, heißt es im Bericht. „Nur 45 Prozent der Bevölkerung spricht die Landessprache Nepali als Muttersprache.“

Wer Nepals Bildungsprobleme lösen will, muss dieses breitere soziologische Bild berücksichtigen. Schlechte Schulbildung für Kinder auf dem Land, aus niedrigeren Kasten und an öffentlichen Schulen wird die Ungleichheiten sehr wahrscheinlich vertiefen und aufrechterhalten.

Geschlechterunterschiede sind eine weitere Herausforderung. Mädchen gehen in Nepal seltener zur Schule als Jungen, und junge Frauen haben weniger Zugang zu Berufsausbildung und höherer Bildung als junge Männer. Auch dies dürfte langfristige

Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Durch die Covid-19-Pandemie werden die Herausforderungen immer gewaltiger. Der wirtschaftliche Druck führt dazu, dass immer mehr Kinder die Schule abbrechen. Je ärmer die Eltern, umso eher müssen auch kleine Kinder zum Lebensunterhalt der Familie beitragen (siehe Kasten unten).

DIE ARBEIT VON CHILDAID

Nichtregierungsorganisationen wie die in Deutschland ansässige Stiftung Childaid Network versuchen, die Bildungslücken in Nepal zu schließen. Childaid ist seit 2012 im Distrikt Ramechhap in Ost-Zentral-Nepal aktiv. Nach den Erdbeben 2015 unterstützte die Organisation den Wiederaufbau von Schulen in betroffenen Gebieten.

Childaids aktueller Schwerpunkt liegt auf der Ausbildung von Lehrern und Beamten. Außerdem bauen wir Kapazitäten bei den Mitgliedern von Schulaufsichtsgremien auf und stellen Schülern Lernmaterialien zur Verfügung. In von Childaid gesponserten Programmen wird Grundschullehrern vermittelt, wie spielerische Lernansätze funktionieren. Außerdem lernen sie, wie sie lokal verfügbare Materialien als Lernhilfen einsetzen können. Grundschullehrer werden in der Leitung von Klassenräumen

und in kindgerechten Unterrichtsmethoden geschult.

Gleichzeitig werden die Lehrer über Lücken im Bildungssystem aufgeklärt – und über ihre Handlungsmöglichkeiten. Lehrer können zum Beispiel das Bewusstsein von Eltern und Gemeindeleitern für die Bedeutung von Bildung stärken. Sie können helfen, Eltern zu motivieren, sich mehr in das Schulleben ihrer Kinder einzubringen. Die Idee ist, jedem Kind eine gute Bildung zu ermöglichen – unabhängig von Ethnie, Kaste, Geschlecht und geografischer Lage.

LINKS

Dilas, D. B., et al., 2018: Education in Nepal. In: World Education News & Reviews, World Education Services.

https://wenr.wes.org/wp-content/uploads/2018/04/Apr18_TrinesCP-1.png

Moore, C., 2014: Seven facts about education in Nepal. In: The Borgen Project.

<https://borgenproject.org/facts-about-education-in-nepal/>



ABISHEK THAPA
ist Projektkoordinator in Nepal für die Childaid Network Foundation, eine Hilfsorganisation mit Sitz in

Deutschland.

abishek.thapa@childaid.net

<https://www.childaid.net/>

Folgen der Pandemie

Das sinkende Nationaleinkommen als Folge der Covid-19-Pandemie schwächt das angeschlagene öffentliche Bildungssystem Nepals weiter. Schon kurz nach Beginn der Pandemie wurden Schulen geschlossen. Private und städtische Schulen haben den Unterricht weitgehend durch Online-Lernen ersetzt. Den meisten ländlichen und staatlichen Schulen mangelt es dafür an Ausstattung und Knowhow.

Vermutlich wird dieses Missverhältnis die Abbre-

cherquote in ländlichen und staatlichen Schulen steigern und langfristig die sozialen Ungleichheiten verschärfen. Und es wird einen negativen psychologischen Einfluss auf diejenigen haben, die sehr jung die Schule abbrechen müssen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Pandemie zwei der wichtigsten Einnahmequellen des Landes ausgetrocknet hat. Die erste ist der Tourismus: Im März 2020 sagte die Regierung die Tourismuskampagne „Visit



Ein Kind hilft auf einem Reisfeld aus.

Nepal 2020“ ab, die 2 Millionen Touristen ins Land locken sollte. 2020 brachen die Tourismuseinnahmen ein.

Zweite Einkommensquelle sind die Überweisungen von nepalesischen Arbeitsmigranten im Ausland, die mehr als ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts von Nepal ausmachen. Diese Zahlungen werden 2019 bis 2021 laut Weltbank im Vergleich zum Niveau von vor der Pandemie um 14 Prozent zurückgehen. Der doppelte Rückgang des Tourismus und der Rücküberweisungen wird das angeschlagene Bildungssystem weiter schwächen.

AT

MINDERHEITEN

Zu viele Alphabete

Santali gehört zu Indiens vielen Adivasi-Sprachen. Um sie zu schreiben, werden sieben verschiedene Alphabete verwendet. Diese Vielfalt schadet der betroffenen ethnischen Gemeinschaft.

Von Boro Baski

Schrift ist für Entwicklung und Fortbestehen einer Sprache wichtig. Langfristig erfordert geschriebene Kommunikation eine klar definierte Grammatik, präzise Wortbedeutungen und einheitliche Orthographie. Sonst fällt das Lesen sehr schwer. Die nötigen Regeln entstehen, wenn ein Literaturkanon heranwächst – welcher dann seinerseits Werte und Normen der Menschen prägt, um deren Muttersprache es geht. Schrift ist deshalb identitätsrelevant. All das gilt umso mehr, wenn die Sprache im Bildungssystem verwendet wird.

Uns Santals spaltet jedoch die Frage, welches Alphabet wir verwenden sollen. Es gibt zu viele Optionen. Wir sind die größte homogene Gruppe unter Südasiens vielen Adivasi-Völkern. Zu unseren Stämmen gehören mehr als 10 Millionen Menschen in östlichen Bundesstaaten Indiens sowie in Bangladesch und Nepal. Wir sind nicht Teil des hinduistischen Kastensystems und wurden historisch ausgegrenzt.

Unsere Sprache Santali hat sich jahrtausendlang in mündlicher Tradition entwickelt. Sie gehört zur austroasiatischen Familie und ist mit Vietnamesisch und Khmer verwandt, aber nicht mit den indoeuropäischen Sprachen unserer Weltregion.

Am Ende des 19. Jahrhunderts fanden es christliche Missionare nützlich, auf Santali zu schreiben. Sie verwendeten die lateinische Alphabet. Sie dokumentierten unsere Märchen, aber auch unsere traditionelle Medizin, wobei sie Grammatikregeln festlegten und Wörterbücher verfassten. Sie schrieben auch die erste Fibeln, um Santal-Kinder zu unterrichten.

DAS SIEBTE ALPHABET

Bildung erreichte aber auch zunehmend Santals, die keine Missionsschulen besuch-

ten. Typischerweise nutzten sie die Schrift der in ihrer Gegend überwiegend verwendeten Regionalsprache. Wo Bengali gespro-



Bengalische Buchstaben im Santali-Unterricht.

chen wird, nutzten Santals das bengalische Alphabet. Wo Hindi oder Nepali dominierten, war Devanagari, eine ähnliche Schrift,

die erste Wahl. Im Oriya-Sprachraum wurde die dort übliche, komplett andere Schrift genommen.

Leider entwickelte sich deshalb Santali-Literatur mit sechs verschiedenen Schriften. Die Alphabete wurden teils modifiziert, um die Phoneme unserer Sprache besser wiederzugeben, aber wirklich passen tut keine. Schlimmer ist aber, dass die sechs verschiedenen Schreibweisen unserer Volksgruppe die Kommunikation zwischen den Regionen erschweren. Für unser Gemeinschafts- und Selbstwertgefühl sind sie nicht hilfreich.

Andererseits ist es für eine Minderheit durchaus sinnvoll, das örtlich übliche Alphabet zu nutzen. In Westbengalen besuchen die meisten Santal-Kinder staatliche Schulen, in denen auf Bengali unterrichtet wird. In den angrenzenden Bundesstaaten sind andere Sprachen gebräuchlich. Derweil werden die lateinischen Buchstaben weiter verwendet. Tatsächlich erscheinen manche der von den Missionaren verfassten Bücher in immer neuen Auflagen, denn sie sind sehr nützlich.

In den vergangenen 20 Jahren ist alles noch komplizierter geworden, weil staatliche Stellen nun eine siebte Schrift unterstützen. Sie heißt Ol-chiki und wurde entwickelt, um die Aussprache von Santali gut wiederzugeben. Seit der Jahrtausendwende betrachten Behörden dieses Alphabet zunehmend als die einzig akzeptable Schrift für unsere Sprache (siehe Kasten nächste Seite).

Viele Santals finden das gut, aber leider überzeugen die Ergebnisse bislang nicht sonderlich. Pikanterweise schicken viele gebildete Santal-Eltern, die vehement für das eigene Alphabet eintreten, ihre Kinder auf Schulen, in denen der Unterricht auf Englisch, Bengali oder auch Hindi stattfindet. Sie wissen, dass ihre Töchter und Söhne dann im Leben bessere Chancen haben.

UNSERE WAHL

Die Graswurzel-Organisation, für die ich arbeite, betreibt eine Dorfschule für Santal-Kinder. Wir haben uns für das bengalische Alphabet entschieden, weil uns klar ist, dass unser Nachwuchs es auf jeden Fall erlernen muss, wir kleine Kinder aber nicht damit belasten wollen, zwei Schriftsysteme zu erlernen.



Santali-Wikipedia mit Ol-chiki-Schrift.

Wir verwenden deshalb von Schulbeginn an für Santali-Wörter bengalische Buchstaben und Zahlen. Wenn die Kinder mit einfachen Texten gut zurechtkommen, beginnen wir ihnen Bengali – und später dann auch Englisch – beizubringen. Wir achten aber darauf, dass sie Stolz auf unsere Kultur entwickeln, indem wir ihnen unsere traditionellen Lieder und Tänze beibringen. Wir besuchen mit ihnen auch regelmäßig ein Museum der Santal-Kultur mit mehr als 100 Artefakten in einem unserer Dörfer (siehe meinen Beitrag in der Rubrik Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2016/06).

Im Unterricht behandeln wir zudem Dinge, die im Dorfleben wichtig sind – wie etwa Ökolandwirtschaft, Fischzucht, Gemüseanbau, Imkerei oder Kräuterheilkunde. Die Geschichte unseres Volkes steht selbstverständlich auch auf dem Lehrplan. Wir wollen, dass die junge Generation in unse-

rer Kultur fest verwurzelt ist. Gleichzeitig wollen wir sie befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Unsere Sprache ist dafür unverzichtbar, aber welche Schrift wir verwenden, ist zweitrangig. Wir informieren unsere Jugend über Ol-chiki – und ermutigen sie dazu, die Schrift zu erlernen. Wir zwingen aber niemanden dazu.



BORO BASKI
arbeitet für die **Graswurzel-Organisation Ghosaldanga Adibasi Seva Sangha in Westbengalen**. Sie wird vom

deutschen Freundeskreis Ghosaldanga und Bishnubati unterstützt. Boro Baski hat als Erster aus seinem Dorf eine Hochschule abgeschlossen und ist auch der Erste mit einem Dokortitel (Sozialarbeit).

borobaski@gmail.com

Das Für und Wider von Ol-chiki

Jahrzehntelang war das in den 1920er Jahren erfundene Ol-chiki-Alphabet weitgehend bedeutungslos. In den späten siebziger Jahren wurde das anders.

Der Hintergrund war, dass eine kommunistisch geführte Volksfront im indischen Bundesstaat Westbengalen die Wahlen gewonnen hatte und Unterstützung im ländlichen Raum suchte. Die neue Landesregierung erwartete, dass die offizielle Anerkennung von Ol-chiki als Schrift für die Adivasi-Sprache Santali diesem Ziel dienen würde. Also versprach sie das.

Der Santal-Intellektuelle Raghunath Murmu hatte die Schrift 1925 entwickelt. Er wollte, dass sie der Aussprache möglichst genau entspricht (siehe Hauptartikel).

Die Leitidee war jedenfalls, Santal-Kinder in ihrer eigenen Sprache zu unterrichten. Die Landesregierung ent-

schied, Ol-chiki sei dafür richtig. Santals wählen und stellen etwa die Hälfte der Adivasi-Bevölkerung Westbengalens, was den Politikern klar ist.

Santal-Kinder sollten eine moderne Bildung bekommen, aber zugleich in Geschichte, Tradition und Sprache ihrer Volksgruppe unterwiesen werden. Die Befürworter von Ol-chiki hofften zudem, Santals in anderen Bundesstaaten sowie Indiens Nachbarländern würden die neue Schrift übernehmen.

Die Volksfront setzte ihr Versprechen indessen nicht sofort um. Folglich entstand eine Basisbewegung, die zeitweilig recht offensiv agierte, wenn beispielsweise Bahnstrecken, Straßen oder die Eingänge von Behörden blockiert wurden. Unter solchem Druck akzeptierte Westbengalen 2001 Ol-chiki für amtliche Zwecke inklusive Schulunterricht.

Die Landesregierung hat seither mehrere Ol-chiki-Schu-

len eingerichtet. Diese Schrift wird auch auf andere Weise gefördert, und zwar auch auf nationaler Ebene. Seit 2004 ist Santali eine von Indiens 22 Amtssprachen. Keine andere Adivasi-Sprache hat bisher diesen Rang. Es gibt mittlerweile sogar eine Wikipedia-Ausgabe auf Santali mit Ol-chiki-Buchstaben.

Den Durchmarsch von Ol-chiki finden aber nicht alle gut. Leider sind Santal-Schulen nicht so erfolgreich, wie erhofft wurde, was nicht zuletzt am Mangel an kompetenten Lehrern und brauchbaren Schulbüchern liegt. Es gibt viele weitere Probleme. Es mangelt staatlichen Schulen in Indien generell an Geld und Ausstattung. Die meisten Santali-Schulbücher sind schlichte Übersetzungen von bengalischen Büchern. Santals kommen darin praktisch nicht vor.

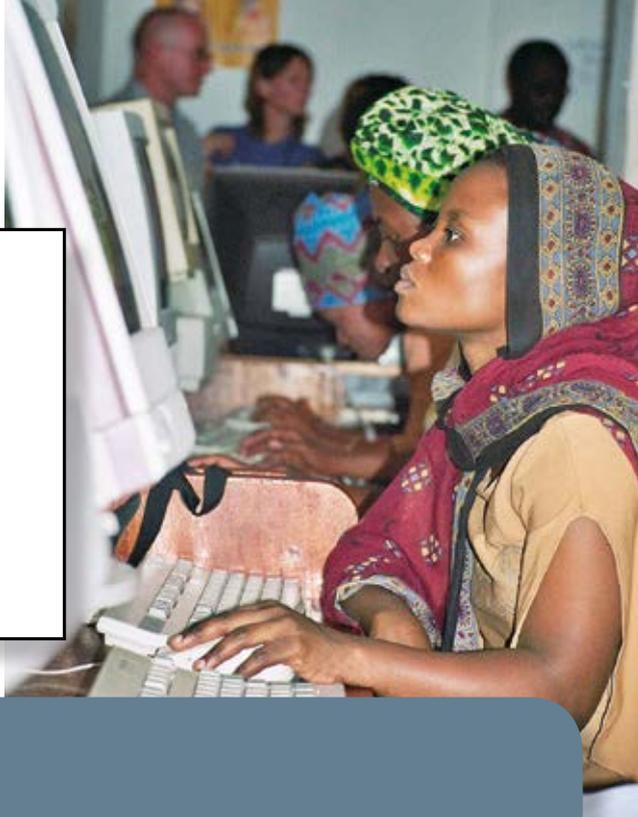
Zudem ist es erfahrungsgemäß sehr schwer, von einer Santal-Schule auf eine weiterführende Schule oder eine Hochschule zu wechseln. Santals sind eine kleine Minderheit

und müssen die jeweilige Regionalsprache gut beherrschen. In Indien ist zudem oft Englisch unabdingbar.

Folglich finden es manche Santals nicht gut, wie Ol-chiki staatlich gefördert wird. Mehrere verschiedene Alphabete werden seit vielen Jahrzehnten für Santali benutzt, und das halten viele weiterhin für gerechtfertigt. Allerdings werden Werke von Autoren, die nicht Ol-chiki verwenden, beim wichtigen nationalen Literaturpreis Santali Sahitya Akademi Award gar nicht berücksichtigt.

Völlig düster ist das Szenario aber nicht. Wenn mehr Lehrkräfte ausgebildet werden und mehr Schulbücher in der neuen Schrift erscheinen, dürften auch die Bildungserfolge besser werden. Es ist obendrein möglich, denselben Text in verschiedenen Schriften zu veröffentlichen. Fest steht jedoch, dass eine Schrift, die nicht von allen Mitgliedern der betroffenen Gemeinschaft akzeptiert wird, nicht viel für deren Zusammenhalt bewirken kann. BB

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Über E+Z Startseite Newsletter E+Z abonnieren Impressum English

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

DOSSIERE THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

SCHULQUALITÄT

Nepals große Bildungsunterschiede



Aktuelles e-Paper



10.01.2021 – von Christine Anagnostis
**Covid-19 bietet Chance,
Afrikas Staatsfinanzen zu**



19.01.2021 – von Stefanie Bora
Protecting life and limb

